

# Volksmacht

## für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktions 21238  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fetts Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

# Die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts

## Der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion mit Mehrheit für vereinbar mit dem Friedensvertrag von St. Germain, aber als unvereinbar mit dem Genfer Protokoll von 1922 erklärt - Ein Minderheitsvotum ist anderer Meinung - Stimmenverhältnis 8:7

Haag, 5. September. (Eig. Drahtbericht.) Die öffentliche Sitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes wurde pünktlich 10 Uhr im großen Saal des Friedenspalastes vom Präsidenten Adachi eröffnet. Obwohl man allgemein dieser Sitzung nicht mehr mit der großen Spannung entgegen sah, mit der ohne die bekannten Vorgänge in Genf der Fall gewesen wäre, hatte sich doch noch eine außergewöhnlich zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden, unter der sich fast alle Mitglieder des Haager diplomatischen Korps und eine größere Anzahl holländischer und ausländischer Pressevertreter befanden. An den Seiten der Parteien hatten für Deutschland Professor Brunz, für Österreich Professor Dr. Kauffmann genommen, während die Gegenseite nur durch ihre Haager Mandanten vertreten war. Zunächst verlas der Präsident die Begründung zu dem damaligen Beschluss des Gerichtshofes, durch den der Antrag Österreichs auf Zulassung eines Richters ad hoc abgewiesen worden ist. Sodann wurde der Text der Haager Entscheidung verlesen.

Genf, 5. September (Eigener Drahtbericht.) Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat das Gutachten des Haager Gerichtshofes über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan mitgeteilt.

### Das Urteil

Der Haager Gerichtshof beschließt mit acht gegen sieben Stimmen: Ein Zollregime zwischen Deutschland und Österreich der Grundlage und in den Grenzen der Prinzipien des Artikels 11 des Friedensvertrages von St. Germain ist vereinbar mit dem Genfer Protokoll Nr. 1 vom 19. März 1922. Dieses Zollregime ist gleichzeitig in englischer und französischer Sprache abgefasst. Der französische Text gilt als authentisch. gez. Adachi, Generalsekretär Hammerstjöld.

Das Gutachten besteht aus drei Teilen: 1. dem Rechtsgutachten, datiert vom 5. September 1931, 2. dem abschließenden Gutachten der Minderheit von sieben Richtern und 3. einem Sondergutachten des früheren Präsidenten Anzilotti (Italien). Die Mehrheit von sieben Richtern: der Präsident Adachi, die Mitglieder des Gerichtshofes Kellogg, Professor Kading, Baron Kolini, Casquema, Belgien, Sir Cecil Hurst, England, von Zaquina, Holland, Wang, erklären sich dem Gutachten des Gerichtshofes nicht angeschlossen zu können und haben daher ein gemeinsames abschließendes Minderheitsgutachten abgegeben; es enthält die Feststellung, dass das zwischen Deutschland und Österreich in dem Protokoll vom 19. März 1922 vorgesehene Zollregime vereinbar ist, sowohl mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain als auch mit dem Genfer Protokoll vom 19. März 1922.

Die Richter Fromageot (Frankreich), Graf Kostomarov (Rosen), Altamira (Spanien), Negresko (Rumänien), Guerrero (San Salvador), Urrutia (Columbien), Suñer (Kuba) erklären, dass ein Zollregime zwischen Österreich und Deutschland, das in dem Protokoll vom 19. März 1922 vorgesehen sei, einen Akt darstelle, der geeignet sei, die Unabhängigkeit Österreichs in Frage zu stellen und aus diesem Grunde unvereinbar sei mit dem Genfer Protokoll und gleichfalls mit dem Vertrag von St. Germain. Der frühere Präsident des Gerichtshofes Anzilotti (Italien) erklärt in seinem Sondergutachten, dass er sich nicht angeschlossen dem Gutachten des Haager Gerichtshofes anschließt, sondern über die Motive einer anderen Auffassung sei.

### Die Urteilsbegründung

aus: Österreich ist ein empfindlicher Punkt in der europäischen Ordnung und seine Existenz ist ein wesentliches Element der politischen Regelung in Europa, die dem Artikel 88 des Vertrages verpflichtet Österreich, ohne ein absolutes Veto mit Bezug auf die Preisgabe seiner Unabhängigkeit oder auf Handlungen, die geeignet zu ihrer Befreiung wären, aufzulegen, in gewissen Fällen die Zustimmung des Völkerbundes zu erlangen. Andererseits sieht der Wiener Protokoll keine Klausel vor. Unter Veräußerung der Unabhängigkeit ist jede freiwillige Handlung des österreichischen Staates zu verstehen, die ihn seine Unabhängigkeit einbüßen lässt oder seinen souveränen Willen demjenigen eines anderen Staates unterordnet. Schließlich muß der Zweck der Verpflichtung Österreichs sich jeder Handlung, die dazu angeht, seine Unabhängigkeit zu gefährden, zu enthalten, so aufgefaßt werden, daß jede Handlung ausgeschlossen sein soll, von der man vernünftigen Ermessen annehmen kann, daß sie diese Unabhängigkeit in Gefahr bringt. Das Gutachten für Österreich die Verpflichtung, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch zu beeinträchtigen, daß einem anderen Staat eine Sonderbehandlung oder ausbleibende Vorteile gewährt, die seine Unabhängigkeit zu gefährden geeignet sind. Das Gutachten sagt weiter: Daß die Begründung der Zollunion mit Deutschland an sich nicht einen Akt der Veräußerung der Unabhängigkeit Österreichs darstellt, kann nicht bestritten werden, denn Österreich hört dadurch nicht auf, innerhalb seiner Grenzen ein besonderer Staat mit eigener

Regierung und eigener Verwaltung zu sein, und wenn nicht mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit, die der geplante Vertrag rechtlich oder tatsächlich vorzieht, so kann man doch wenigstens mit Rücksicht auf die Kündigungsmöglichkeit sagen, daß Österreich juristisch die eventuelle Ausübung seiner Unabhängigkeit behält. Man kann sogar behaupten, daß die Unabhängigkeit Österreichs im Sinne des Artikels 88 nicht eigentlich gefährdet ist und daß infolgedessen vom juristischen Standpunkt kein Widerspruch zu diesem Artikel besteht. Dagegen ist es schwer, zu leugnen, daß die geplante Zollunion eine „Sonderbehandlung“ darstellt und daß sie für Deutschland gegenüber Österreich „Vorteile“ vorzieht, von denen dritte Mächte ausgeschlossen sind.

### Die gemeinsame Auffassung der Minderheit

erklärt, daß sie in dem Gutachten keine Gründe gefunden habe dafür, wie diese Zollunion die Unabhängigkeit Österreichs gefährden könnte, wenn das Gutachten selbst sagt, daß das von dem Wiener Protokoll vorgesehene Zollregime keine Veräußerung der Unabhängigkeit Österreichs darstellt. Nach Ansicht der Minderheit hat sich der Gerichtshof nicht mit Erwägungen oder Folgerungen politischer Natur zu befassen, da von ihm ein Gutachten über eine juristische Frage - eine Auslegung von Texten - verlangt worden ist. Die Minderheit stellt fest, daß Artikel 88 von St. Germain dazu bestimmt war, die dauernde Existenz Österreichs als eines besonderen Staates zu sichern. Sie erinnert daran, daß die Unabhängigkeit eines Staates nicht berührt wird, wenn er in Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit einwilligt, denen er zustimmen kann, wenn er dadurch nicht auf seine organische Macht verzichtet. Im Genfer Protokoll hat Österreich im Hinblick auf eine besondere Situation die Verpflichtungen erneuert, die es schon im Artikel 88 eingegangen war, wobei die Formulierung zur Anpassung an diese Lage leicht abgeändert war. Die Klausel des Protokolls, die für Österreich das Verbot festlegt, irgendeinem Staat ein Sonderregime oder Sonderprivilegien zugestehen, die seine Unabhängigkeit bedrohen könnten, bedeutet in seiner Weise eine Ausweitung der im Artikel 88 enthaltenen Verpflichtung. Nachdem die Minderheit eingehend ihre Gründe für diese Ansicht dargelegt hat, gelangt sie zu der Schlussfolgerung, daß jeder Akt, der eine Verletzung der von Österreich im Protokoll übernommenen Verpflichtung darstellen würde, gleichermäßen die Verletzung des Artikels 88 bedeuten würde, und daß sonach, wenn das von dem Wiener Protokoll vorgesehene Zollregime mit dem Artikel 88 im Einkommen steht, es nicht unvereinbar mit dem Genfer Protokoll sein könnte. Die Minderheit kann weder annehmen, daß im allgemeinen eine Zollunion eine Gefahr für die Unabhängigkeit der beteiligten Staaten darstellt, noch zugeben, daß das im Wiener Protokoll vorgesehene Zollregime im ganzen als unvereinbar mit dem Genfer Protokoll gelten könnte, wenn keine einzelne Bestimmung dieses Protokolls da ist. Eine solche Bestimmung ist aber nicht vorhanden.

### In Paris ist man verstimmt

Paris, 5. September. (Eig. Drahtbericht.) Das Gutachten des Haager internationalen Gerichtshofes über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung hat in hiesigen politischen Kreisen und in der Rechtsprexe eine gewisse Verstimmung hervorgerufen, da die Beurteilung nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt ist und außer Frankreich alle Großstaaten sich für die deutsch-österreichische These ausgesprochen haben. Die Zeitungen drücken sich aber sehr vorsichtig aus und legen das Hauptgewicht darauf, daß der Zollunionsplan vom juristischen Standpunkt als unzulässig erklärt worden ist. So schreibt der

### Der Aufstand in Chile

Widersprechende Nachrichten - 750 Tote

Newport, 7. September. (Eig. Funkbericht.) Die aus Chile eintreffenden Meldungen über den Verlauf des Aufstandes widersprechen sich. Die einen besagen, daß die Regierung bereits wieder im vollen Besitz der Macht ist, während nach anderen Meldungen der Kampf fortgesetzt wird und bisher an den verschiedensten Stellen insgesamt 750 Tote gefordert haben soll. Es scheint jedoch, daß die Regierung schnellstens wieder Herr der Lage sein wird. Direkte Meldungen aus Chile sind zurzeit nicht zu erlangen.

### Newport, 7. September. (Eig. Funkbericht.)

Die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den aufständischen in Chile sind noch in vollem Gange. Bei Coquimbo wurde ein Unterseeboot während eines Bombardements mehrerer aufständischer Schiffe durch Flugzeuge versenkt. Zwei Schiffe ergaben sich den Regierungstruppen. Auch die bei Talcahuano aufständischen Kriegsschiffe haben sich den Regierungstruppen ergeben. Bei der Wiedereroberung eines Forts am Strande wurden 300 Regierungssoldaten getötet. Die Zahl der getöteten aufständischen Truppen steht noch nicht fest.

„Temps“: „Man wird nicht verfehlen, die Bedingungen, unter denen das Gutachten des Gerichtshofes zustande gekommen ist, und die Argumente zu diskutieren, die von den Richtern für oder gegen die beiden bestehenden Theorien herangezogen worden sind. Diese Streitigkeiten werden aber angesichts des vorliegenden Gutachtens, das die Zollunion vom juristischen Standpunkt aus verurteilt, unnützlich sein.“ Weniger zurückhalten drückt sich das „Journal des Debats“ aus, das das Gutachten für beunruhigend hält und verlangt, daß die interessierten Regierungen vom politischen Standpunkt aus die notwendigen Maßnahmen treffen, um den Anschluß, von dem die Zollunion nur die Anfangsform sein würde, immer zu verhindern. Man werde in den nächsten Woche sehen, ob der Völkerbundsrat imstande sei, in dieser Angelegenheit eine nützliche Aktion zu unternehmen, oder ob er sich darauf beschränken werde, einer gefährlichen Entwicklung zuzuschauen.

### Zu dem Urteil des Haager Schiedsgerichtshofes führt der „Sozialdemokratische Pressedienst“ aus:

Das Rechtsgutachten, das der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag am Sonntag vormittag offiziell verkündet hat, lehnt einen Schlußtritt unter die Episode der deutsch-österreichischen Zollunion. Der Völkerbundsrat wird am Montag in Genf diese Entscheidung zur Kenntnis nehmen, vermutlich, ohne daß sich daran noch irgendeine besondere Debatte anschließt, und damit wird dieser ungeliebte Streit, der im letzten halben Jahr die europäische Atmosphäre vergiftet hat, auf lange Zeit begraben sein. Wäre das Mehrheitsverhältnis unter den Richtern der Haager Cour umgekehrt gewesen und würde das Gutachten für Deutschland und Österreich sozusagen „günstig“ ausgefallen sein, dann drohte der Kampf aufs neue und in womöglich noch gefährlicherer Form zu entbrennen, weil sich Frankreich und seine Bundesgenossen für diesen Fall das Recht vorbehalten hatten, das ganze Problem abermals, diesmal aber nicht mehr unter juristischen, sondern unter politischen Gesichtspunkten vor dem Völkerbundsrat aufzurufen. Das formale Recht zu einem solchen Vorstoß, z. B. unter Berufung auf den Artikel 11 des Völkerbundsstatuts, stand Frankreich zweifellos zu. Ein solches Vorgehen hätte aber im deutschen Volke ungeheure Erbitterung hervorgerufen, der Kampf hätte die Zerrissenheit Europas noch mehr vertieft, und dies zu einer Zeit, in der die Weltwirtschaftskrise umgekehrt eine internationale Zusammenarbeit der Nationen auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete dringender denn je erheischt. Unter diesem realpolitischen Gesichtspunkt betrachtet, ist das namentlich für Österreich „ungünstige“ Rechtsgutachten der acht Richter vom Haag letzten Endes wahrlich ein noch die beste Lösung für Deutschland. Und es gibt vielleicht keine schlimmere Anklage gegen die Väter des verunglückten Planes als die Erkenntnis, daß ein Obliegen im Haag dem deutschen Volke womöglich noch teurer zu stehen gekommen wäre als die erlittene Niederlage.

Rein juristisch gesehen, ist übrigens diese Niederlage durchaus ehrenvoll. Schon das Stimmenverhältnis 8:7 beweist, wie schwierig die aufgeworfenen Rechtsfragen auch für die höchsten Kapazitäten des Völkerrechtes zu beantworten waren. Die nationalpolitische Presse, die sich selbst nur zu einer Form des internationalen Rechts bekennt, nämlich zum Recht des Stärkeren, und die jede Form der friedlichen Schlichtung von Konflikten, sei es durch den Völkerbund, sei es durch den Haager Gerichtshof, verwirft, ist mit ihrem eigenen Urteil über das Haager Urteil sehr schnell bei der Hand: sie verdächtigt die Mehrheit, nach rein politischen Gesichtspunkten gehandelt zu haben, also nicht nach juristischem Gewissen. Sie versucht, die Verfasser des Mehrheitsgutachtens dadurch lächerlich zu machen, daß sie die drei lateinamerikanischen Richter, die ihr angehören, gewissermaßen als Vertreter minderwertiger Staaten hinstellt. Es fehlt nur noch die Unterstellung, daß sie von Frankreich gekauft worden wären.

Daß die Anbeter des wilhelminischen Zeitalters auf diese Weise die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu diskreditieren versuchen, weil sie selbst nur an die Macht der Waffen glauben, an das Faustrecht des Mittelalters, ist nicht verwunderlich. Die gesamte fortschrittliche Welt wird von solchen Verdächtigungen entschieden abrücken. Wir wollen deshalb ausdrücklich feststellen, daß, so sehr auch wir die juristische Konstruktion der Minderheit für anfechtbar halten, und

So sehr wir mit dem Minderheitsgutachten der Sieben darin übereinstimmen, daß die Begründung des Mehrheitsgutachtens zum Teil sehr dürftig ist, dennoch gewichtige Rechtsgründe dafür sprechen, daß die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich in einem gewissen Gegensatz zum Genfer Protokoll von 1922 gestanden hätte. Dieses Protokoll mag wohl den „guten Sitten“ widersprochen haben. Es wurde damals Oesterreich in seiner höchsten Not abgepreßt. Es ging noch einen Schritt weiter als der gleichfalls unmoralische Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, in dem es Oesterreich unterjagte, sich auch seiner wirtschaftlichen „Selbständigkeit“ zu begeben und besondere Vorteile anderen Staaten zu gewähren. Aber so weit ist man im Völkerrecht noch nicht, daß man den Begriff des Verstoßes gegen die guten Sitten bei der Auslegung eines internationalen Vertrages berücksichtigt.

Andererseits erfüllt es die deutsche Öffentlichkeit mit Ge-

nugung, daß die Rechtsvertreter so gewichtiger Staaten wie England, Amerika und Holland den deutschen Standpunkt unterstützen haben. Alle Achtung insbesondere vor dem belgischen Richter Rollin-Jacquemyns, der, obwohl selber einer der Unterzeichner des besagten Genfer Protokolls von 1922 und obwohl Angehöriger einer Nation, die sonst im politischen und geistigen Jahzwasser Frankreichs fest, das Minderheitsgutachten mitunterzeichnet hat. Gerade sein Beispiel ist die beste Rechtfertigung für den Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, und es zeugt dafür, daß die Richter vom Haag tatsächlich nach bestem juristischen Gewissen entschieden haben. Denn es geht natürlich nicht an, nur die Herren, die mit dem deutschen Professor Schücking für die Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion eingetreten sind, für anständige, unparteiische, unabhängige Richter zu erklären, den anderen dagegen politische oder gar noch schlimmere Motive zu unterstellen.

mäßigen Uebertreter. Reichswehrminister und einflussreichen den Moskowitern jetzt nicht mehr. Die neue Werbung war ein Baron von Frankenberg und ein Baron von Witz. Dieser Sowjet-Baron war von den Nazis zu den Nazis übergetreten und war das Paradebeispiel der Verrätereien in Stadt und Land. Jedes kleine Dörfchen hat Ehre des Betrages des Genossen Baron von und zu, davon. Denn inzwischen ist er auch wieder an die Macht gekommen.

Als er in Halle in einer Versammlung der „KPD“ seinen Weg von der NSDAP zur KPD, rebebelte sich auf einmal heraus, daß der Kenner in der KPD wieder Nazi geworden war. In einer Sitzung der KPD in der Versammlung dann abgab, gab er als Grund für die Rückkehr zur NSDAP an, daß die kommunistischen Anhänger in einem Irrtum befänden, wenn sie glaubten, eine KPD in der Lage des Proletariats könne die KPD herbeiführen. Massen der kommunistischen Anhänger seien allein, auch Augen der Führer, nur die Werkzeuge mit denen die KPD, auf Geheiß von Moskau das Chaos herbeiführen dem schaffenden Arbeiter triebe die KPD-Führung sich seine Arbeitskräfte benutze sie, um ehrgeizigen Wünschungen zu tragen.

Woraus zu ersehen ist, wie wenig sich die beiden des „großen Staues“ voneinander unterscheiden.

## Angst der Kapitalisten vor Rußlands wirtschaftlichen Vorkurs

### Bergebliche Versuche, den Vorschlag zu begraben — Geschickter Vorschlag Curtius' zur ersten Behandlung des Vorschlags angenommen

Genf, 5. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Beratung des Europaausschusses lag heute der Bericht des Redaktionsausschusses an die Vollversammlung des Völkerbundes vor. Er enthält im wesentlichen alle im Bericht des Koordinationskomitees bereits aufgeführten Vorschläge. Zwei auffallende Punkte sind aber abgeändert. Es fehlt der sogenannte Franquist-Plan für die Industriekreditbank und jedes Wort über die Behandlung des Litwinow'schen Antrages auf Abschluß eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Einleitend erklärte der Vorsitzende Motta zum letzten Punkt, er sei der Meinung, dieser Antrag müsse dem Wirtschaftskomitee des Völkerbundes überwiesen werden. Litwinow verhöhnte den merkwürdigen Umstand, daß für alle möglichen Fälle die Europakommission Unterausschüsse eingesetzt habe, nun aber plötzlich für seinen Vorschlag das Gleiche nicht tun könne. Wenn die Europakommission sage, sie sei unzuständig, dann ziehe er den Antrag zurück. Er wolle aber nicht, ob seine Regierung sich nicht jetzt zurückziehe. Er mache daher den Vorschlag, den Antrag entweder dem Zehnerausschuss der Europakommission oder einem besonderen Unterausschuss zu überweisen. Curtius machte Bedenken gegen Litwinow's ersten Vorschlag, die Ueberweisung an das Expertenkomitee, geltend, der seine Arbeiten für beendet erklärt habe. Dagegen unterstützte er besonders warm und außergewöhnlich geschickt den zweiten Vorschlag um Einsetzung eines Spezialausschusses für den Nichtangriffspakt. Nur die praktische Frage der Begründung des Antrages, sagte Lord Cecil, sei hier noch zu untersuchen. Die Vorschläge von Curtius komplizierten die Arbeiten bedeutend. Sie belasten auch die Regierungs- und Sachverständigen zu sehr. Der Plan müsse im Wirtschaftskomitee besprochen werden, da im Europaausschuss eine große Anzahl von Völkerbundmitgliedern nicht vertreten sei. Ciancavelli (Italien) schloß sich Litwinow an.

Für die Türkei erklärte Perusil Ruchdi Bey die unbedingte Unterstützung des russischen Vorschlags auf Verweisung an ein Spezialkomitee, während Jaunius-Litauen für den glücklichen Vermittlungsvorschlag Deutschlands eintrat. Das gleiche tat der Vertreter Irlands. Islandin bezeichnet es als gleichgültig, welcher Kommission der Antrag überwiesen werde. Auf Antrag Curtius' wurde mit Zustimmung Litwinow's beschlossen, die Vollversammlung um Autorisation zu bitten für die Bildung eines Spezialkomitees zur Beratung des Nichtangriffspaktes.

Wäre es Herrn Litwinow gelungen, den Abschluß seines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes zu erreichen, so wäre zum ersten Male in der Geschichte das bolschewistische mit dem kapitalistischen System durch einen völkerrechtlichen Akt aufs engste verbunden worden. Dagegen wählten sich die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft auf das entschiedenste. So auch der französische Finanzminister Laroche, der mit einer geschickten Rede und wegen ihrer Form stark applaudierten Rede in dieser und anderen Sitzungen der Räte die Schelle umhängte. Er erwähnte die Mängel des Litwinow'schen Entwurfes, wie das Fehlen der Bestimmungen des Angriffes, Ungenauigkeit der Definition des Angreifers u. anderes mehr. Aber vor allem sei der Unterschied der Wirtschaftssysteme entscheidend. Die Sowjetregierung habe die gesamte Wirtschaft Rußlands völlig in der Hand, während die anderen Vertragspartner sehr geringe Einflußmöglichkeiten auf ihre Privatwirtschaft hätten. Das heißt mit anderen Worten, daß der Vertragsentwurf völlig auf russische Bedingungen zugeschnitten sei, daß Rußland daher alle Rechte in den anderen Staaten erhalte und selber keine bei sich einzuräumen wolle. Das alles aber sagte kein einziger Redner. Auch Lord Cecil, der dem geschickten Vorschlag von

Curtius auf Einsetzung eines Spezialkomitees widersprach, machte nur Ausreden über Komplizierung der Arbeit und Ueberlastung der Regierungsvertreter und Experten. In Wahrheit wollte man allein sein unter den kapitalistischen Staaten, um die geschickte Wette Rußlands zu erleben.

Erst nach Litwinow's Replik sprach wiederum Islandin die wirklichen sachlichen Gegenstände aus. Der wirkungsvolle Antrag von Dr. Curtius erreichte schließlich die Zustimmung der Vollversammlung, so daß mit Hilfe Deutschlands und Italiens unter Zustimmung Frankreichs der Antrag Litwinow's endlich seine gebührende Behandlung erhielt.

## Der Sowjetbaron schon wieder Nazi geworden

Wald Nazi, bald Nazi, da ist kein Unterschied

Halle, 4. September. (Eigener Drahtbericht.)

Von Tag zu Tag wird immer unerkennbarer, daß die KPD und die NSDAP kaum mehr zu unterscheiden sind, wird immer offensichtlicher, daß beide Parteien dieselben Ziele verfolgen, nämlich die Vernichtung der deutschen Republik. So nach der augenblicklichen herrschenden Ansicht, welche von diesen beiden „Arbeiterparteien“ dabei schneller zum Ziele kommt, wechseln ihre Mitglieder hin und her über. Und bei jedem dieser Uebertreter wird die Reklametrommel gar gewaltig geschlagen und mit großem Pathos verkündet, daß wieder einer den richtigen Weg gefunden habe zu der einzigen Partei. Augenblicklich trommelt die KPD, gewaltig mit einem derartigen, man kann wohl sagen, berufs-

## Evangelischer Bund Arm in Arm mit den Nazis

### Bundestagung ganz im Geiste der Nazis — Faulle Ausreden und politische Phantastereien der Verantwortlichen

Die fünfte Bundestagung des Grenzmarkischen Provinzialverbandes des Evangelischen Bundes, die am 16. und 17. August in Schlochau stattfand, und fast noch mehr eine sich daran anschließende und offenbar noch nicht beendete Pressefehde wirkt ein interessantes Streiflicht auf die immer enger werdende Verbindung von Nationalsozialismus und gewissen Kreisen der evangelischen Kirche. Daß die Comenius-Suchhandlung in Schneidemühl, die unter Beteiligung der durch den Devaheim-Standal peinlichst berührt gewordenen Inneren Mission errichtet wurde, den Vorparagraf für nationalsozialistische Parteiveranstaltungen übernimmt, sei nebenbei erwähnt.

Typische weise wurde auch auf dem fünften Bundestag des Provinzialverbandes des Evangelischen Bundes mehr über nationalsozialistische als über religiöse Fragen gesprochen. In den einzelnen Reden findet man eine heitere Blütenlese halentreuzpastoraler Beschränktheiten. So begrüßte Bundesdirektor Fahrhört den Nationalsozialismus „als Bewegung“, weil in ihm ein früher nationaler Auftrieb begrüßt werden müsse; in einer zweiten Rede bezeichnete ihn der Redner als „eine Gottesfügung“. Von dem Zentrumsblatt „Die Grenzmark“ ist hart angegriffen, behauptet aber nun der Evangelische Bund am 2. September im „Geselligen“, daß der Bund für diese Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und Gott nicht verantwortlich sei; der Satz sei ein „Verlehen“, es hätte nur von einer „nationalen Bewegung“ die Rede sein

sollen. Nun, wenn diese Ausrede mit dem „Irrtum in der richterstattung“ richtig sein sollte, so dürften sich die bei Katholiken doch keinesfalls mit dieser Feststellung beruhigt in derselben, die Katholiken so verstimmen den Rede bitter darüber geführt wurde, daß die maßgebenden Führer des Nationalsozialismus, wie Hitler, Goebbels und Straßburger seien. Ueberhaupt, so schrieb der „Gesellige“ sein referierendes seite bisher, die grundsätzliche Einstellung zur „Katholiken“. Ohne Lösung der konfessionellen Frage sei kein Drittes Reich möglich.

Uebrigens sind auch die Sorgen des Herrn Fahrhört um Deutschlands Zukunft recht hüßlich. Hier findet man in derselben Nummer des „Geselligen“ die wohl einzigartige Blüte Zukunft eines Groß-Deutschlands müsse nordisch-germanisch sein mit den Stützpunkten Königsberg, Bitterfeld, Wittenberg, Wartburg. Das südliche Deutschland habe aber seine Stützpunkte in München, Mainz und Köln mit einer Mittelstellung über Habsburgischen Monarchie.

Die Häufigkeit dieses von schlechter geschichtlicher Bildung nährten Geredes wird höchstens noch von seiner Unsinntigkeit getroffen. Immerhin kann man verstehen, wenn sich ernstlich eingestellte Menschen über solche „Kirchenpolitik“ setzen. Es wird nicht mehr lange dauern und wir werden Bilder sehen, auf denen der Heiland neben der Dornenkrone halentreuz tragen wird.

## Theo Tass Trill

### Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann  
[Copyright 1951 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.]

117 (Nachdruck verboten)

Das Schicksal geht seine eigenen Wege. Es weiß, wozu es die zunächst Geschonten aufhebt. In seiner Güte erfährt es, daß nach dem Grauen des Krieges das deutsche Volk des befreienden Lachens bedarf. Es schenkte ihm die Hanswurstiade vom „Dritten Reich“ und lud die gesamte deutsche Pudelwitzerei zum Mitspielen ein. Der Trommler gab bereitwillig das Ausland her

Heissa! Das war ein lustiges Wiedersehen. Ansonst hätte man die Pudelwitzerei nicht so schnell auf einen Haufen zusammen bekommen. Das Lüftchen vom 9. November war ihnen vorerst ins Gebein gefahren. Nanmehr ist der Windstoß vorbei! Also heran! Heran das Braun der fehlgeschossenen Angst! Pudelwitz hat eine neue Mission!

Gott grüße die ehrsame Pudelwitzerei!

„Dee Kram is ne richti, Mutting!“ sagte zum Fenster hinauslehnend, in den Novembertagen 1918. Meister Wiegebrett und sah verdrißlich über den Pudelwitz Markt. „Nix to seh'n! Dee Burgemeester, dee grote Pott, is utriten. Ok dee Mamsell Kathrein!“

„Un dee Trill? Dee Käpt'n?“ fragte Mutter Wiegebrett vom Küchenherde her und mühte sich verzweifelt, aus Quetschkartoffeln Streufelkuchen zu backen.

„Dee Trill? De grote Leegner? ... Dee is kopplangöwer in't Umland pattered!“

\* patrouilliert.

„Denn man tau! Nu künmt een beetere Tid! Schiet upp dee grote Leegner!“

Aber noch allerhand verschwand in der nächsten Zeit. Zuerst die roten Fahnen aus den Giebelsternen. Hernach die Armbinden der Arbeiter- und Soldatenräte. Am längsten hielten sich die Plakate von der Wahl zur Nationalversammlung an den Straßenecken und Scheunentoren. Doch die taten einander nichts zu leide. Es gab in Pudelwitz nur Leisegang'sche und Dreeger'sche. Wen will das Wunder nehmen? Die Pudelwitzerei hatte für Erste auch an der reißenden Pudel ausgespielt. Was rechts von Leisegang stand, ließ keinen Mucks mehr hören. Es schien für jeden ratsam, irgendwo unterzukriechen.

Otto Dreeger war auf der sozialdemokratischen Liste mitgewählt worden. Das hatte er sich durch seine Treue und Befähigung redlich verdient. Nur Tina zeigte Verdruß darüber. Sie konnte sich als junge Frau nicht so leicht in ein neues Fernsein finden. Und was sollte aus dem Ernsthofe werden?

Ewald fehlte für immer. Der alte Ernsthofbauer legte von Tag zu Tag stärker ein. Vom Lehnstuhle aus läßt sich eine große Wirtschaft nicht führen. Das bedrückte ihn.

„Gerade jetzt, Otto, willst Du von uns gehen?“ klagte Tina und bekam nasse Augen.

„Du magst recht haben, Liebste!“ gab er zu. „Aber sollen unsere Kinder einmal den dunklen Weg Ewalds gehen? Soll wiederkehren, was nimmer wiederkehren darf? Jetzt wird der Grundstein zu allem Zukünftigen gelegt. Jetzt, Liebste, jetzt heißt es für alle, die Guten Willens sind: Hand anlegen! Ob man uns Dank darüber weiß oder nicht!“

Tina sah zu Boden und schwieg betroffen. Sie kannte ihn nur zu gut, um nicht zu wissen, daß es ihm um eine heilige Verpflichtung ging. War er nicht immer selbstlos für andere eingetreten? Hatte er nicht stets das Wohl der großen Massen der Bedrückten und Entrechteten über sein eigenes, bescheidenes Anrecht an Friedlichkeit und Glück gestellt?

Aber die Zustimmung fiel ihr schwer. Nach einer Viertelstunde wandte sie wieder ein: „Die Trills haben ausgespielt. In Pudelwitz und allerorten. Der große Leegner ist von der Bildfläche verschwunden. Niemand um ihn.“

„Das mag schon sein“, entgegnete er bitter und Schattens huschte über sein ernstes Gesicht. „Aber die Geschmeiß findet sich immer wieder ein. Es scheint unendlich zu sein. Wenn das Schlimmste und Schwerste getan wird, wirst Du Ihre Besserwisserei und Großmäuligkeit wieder zur Genüge und zum Überdruß zu hören kriegen. Pudelwitzerei ist der negative Pol vaterländischer Arbeit.“

Tina erschrak. Sie dachte an das Ungeborene, das unter dem Herzen trug; an den erhofften Jungen, mit dem Name des gefallenen Bruders fortleben sollte. Sturmgejagte Wolken zogen die Sorgen der letzten Jahre ihrem innern Auge vorüber: jene Tage und Stunden denen sie um den Bruder gebangt; jene Stunde, die Brief brachte, auf den geschäftsmäßig eine unbekannte Hand gestempelt hatte: Auf dem Felde der Ehre gefallen!

„Dann geht also das Kämpfen weiter!“ stammelte sie. Er nickte.

„Und Ihr hofft's zu ändern?“

Er sann über der Antwort lange nach. Ein billiges Wort wäre rasch zur Hand gewesen. Doch das wollte nicht über die Lippen. Erst nach langem Überlegen entschied er sich: „Die Pudelwitzerei und ihre Trills? ... Unsere Schlossenheit vermag sie im Schach zu halten.“

Er sann nochmals nach und fuhr dann fort: „Vielleicht noch eins: Man muß unserem Volke das Spiegelbild Pudelwitzerei aufweisen. Ungeschminkt und lebenswahr! daß sich der Einzelne zum Besseren schämt. Drinnen draußen ... Aber wer soll das tun?“

„Ewald hätte es gekonnt!“ antwortete sie leise.

(Fortsetzung folgt)

# Die Nazis das Unglück Danzigs

**Der Völkerverbundskommissar über die rechtsradikalen Demonstrationen in Danzig**  
Genf, 5. September. (Eig. Drahtbericht.)

Wie am Sonnabend hier in Genf bekannt geworden ist, hat der Bericht des Hohen Danziger Kommissars die Feststellung, daß die Verwirrungen in der Sache des Parteistreits weitergehen. Er schildert die menschenförmige im Juni das Ermächtigungsgesetz das Entstehen des Ermächtigungsgesetzes und des Vernebelungsgesetzes. Der Senat habe einige erklärende Erklärungen abgegeben über die praktische Wirksamkeit dieser Maßnahmen. Es sei noch zu sehen, daß diese Maßnahmen wirksam geworden wären. Unglücklicherweise seien persönliche Beziehungen zwischen den Senatspräsidenten Dr. Jähn und dem polnischen Gesandten Bürger noch nicht befriedigend. Es bestehe aber Grund zur Hoffnung, daß die Behandlung von Angelegenheiten des gemeinsamen Interesses nicht berühren würden und daß es möglich wird, in einer ruhigeren Atmosphäre und daher in einem günstigeren Sinne auf beiden Seiten die Probleme bezüglich der besonderen Situation Danzigs zu prüfen. Es werden einige Beispiele erwähnt über die Danziger Hafensicherungen gegen Matrosen der polnischen Kriegsmarine. Dann fährt der Bericht fort, es müßten aber als zweifellos während zwischen den freundschaftlichen Beziehungen Danzigs und Polens gewisse Demonstrationen erwähnt werden, die im Gebiet der freien Stadt von Rechtsparteien sowohl deutscher wie polnischer Bürger organisiert wurden, während denen nationale Forderungen für die Rückkehr Danzigs an das Reich geäußert worden seien. Auf polnischer Seite seien diese Demonstrationen als Beweis angesehen worden für die Tendenz der polnischen Politik der freien Stadt, nach Deutschland zurückzuweichen, während zu gleicher Zeit wirtschaftliche Beziehungen von Polen und seinem Hinterland erbeten würden. Der Bericht schildert die furchtbare wirtschaftliche und soziale Situation Danzigs und betont besonders, daß es wünschenswert sei, die Verhandlungen über die Beendigung der polnischen Einwanderung in Danzig zu einem günstigen Ausgang zu führen. In einem Ergänzungsbericht wird die große Gefahr hingewiesen, die das Scheitern der Verhandlungen über die Benutzung des Hafens durch die deutsche Kriegsmarine darstelle. Nach Ablauf der Frist am 15. September, bis zu der sich Danzig eine Entscheidung über die Einholung der vorherigen Erlaubnis auszusprechen habe, werde Danzig dann von ihm verlangen, festzustellen, daß Polen zur „direkten Aktion“ übergegangen sei. Der Kommissar bittet daher den Rat zum Schluß zu entscheiden, im Falle der Weiterberufung im kritischen Sinne durch Polen die direkte Aktion vorliege oder nicht. In einer der Beilagen des Berichts wird auch die von Monat zu Monat wachsende Schädigung Danzigs durch den Hafen von Gdingen eindringlich dargestellt und durch Zahlen belegt.

## Partei Vorstand gegen Spalter

Am 26. Juli 1931 forderte der Vorsitzende der deutschen Friedensgesellschaft, der frühere Sozialdemokrat Küster, zu jener Zeit jedoch bereits Mitglied der kommunistischen Partei, auf einer Tagung der deutschen Friedensgesellschaft in Hagen die geäußerten, soweit sie Mitglieder der SPD. wären, zu einer beiderseitigen Besprechung auf. In dieser Zusammenkunft legte Herr Küster die Gründe für die Zusammenkunft dar. Ihr Zweck sei, den Grundstein zu legen zu einer neuen Partei oder den Anschluß an ein neues radikales linksgerichtetes Gebilde zu sein. Das solle durch die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ geschehen.

## Wieder ein nationalsozialistischer Verleumder verurteilt

Wahrheitsbeweis wird nicht einmal versucht

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatte sich am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des nationalsozialistischen Blattes in Bochum, Dr. Piclum, der Verleumdung des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Herx verantworten. Piclum hatte in einem Artikel behauptet, daß Herx, Dr. Herx sich für ein paar Stunden „fäßen“ bei einem Gerichtsgericht der Berliner Volkshöhne ein Betrag von 10.500 Mark habe auszahlen lassen und dieses Geld nicht und verhoffen habe. Der Angeklagte, der durch den Rechtsanwalt Dr. Neubert vertreten wurde, versuchte, die Haupt nicht, den Wahrheitsbeweis für seine unwahre Behauptung und seine wüsten Schimpereien anzutreten. Rechtsanwalt Landsberg als Verteidiger des Privatklägers beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark und Publikationsverbot in mehreren Zeitungen.

Das Gericht schloß sich dem Antrag des Privatklägers in dem Umfang an und verurteilte Piclum wegen Verleumdung zu 300 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 30 Tagen Gefängnis und sprach dem Privatkläger die Befugnis zu, das Urteil über den Angeklagten im „Vorwärts“, im „Nationalsozialistischen Beobachter“ und dem nationalsozialistischen Blatt in Westfalen zu veröffentlichen. In der Urteilsurkunde wurde ausgesprochen, daß das Gericht auf eine solche Strafe erkannt habe, weil der Angeklagte, der bereits wegen schamloser Verleumdung vorbestraft sei, ein höchstes Maß an Leichtfertigkeit an den Tag gelegt habe und sich von der niedrigen Gesinnung und der Absicht habe leiten lassen, einen politischen Gegner ohne jeden Beweis mit Unrecht zu bezweifen.

## Die grüne Front bei Brüning

Der Reichsminister empfing am Sonnabend in Gegenwart des Reichsfinanzministers und des Reichsministers Treppner die in der Grönung vereinigten Führer der Landwirtschaft aus allen Teilen des Reiches. Nachdem die anwesenden Herren die gemeinsamen Sorgen und diejenigen ihrer besonderen Gebiete vor-

getragen hatten, machte der Reichsminister ausführliche Bemerkungen über die allgemeine Lage im Rahmen der welt- und volkswirtschaftlichen Entwicklungsgänge und die sich hieraus ergebende Politik insbesondere auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Im Anschluß hieran nahmen die anwesenden Reichsminister zu den einzelnen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

## Nazis wollen unbedingt an die Futterkrippe

Sie wollen unbedingt einen zweiten Minister in Braunschweig  
Braunschweig, 5. September. (Eigener Drahtbericht.)

Obgleich sich die Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig für nur einen Minister erklärt hat, wollen die Nationalsozialisten ihren Willen durchsetzen und einen zweiten Minister stellen. Sie haben sich jetzt auf den früheren Konrektor Klages aus Bennedenstein im Harz geeinigt. Gegen Klages schwebte, als er noch Konrektor der Zwergmittelschule in Bennedenstein war, vor dem Disziplinarhof in Erfurt ein Verfahren, das schließlich mit seiner Dienstentlassung geendet hätte, wenn ihn nicht Herr Franzen vor Beendigung des Verfahrens nach Braunschweig als Regierungsrat geholt hätte. Klages wurde von ihm zum Hilfsreferenten für das Volksschulwesen ernannt. Er ist ein unerträglicher Vielredner und Phrasenheld und dürfte den Rechtsparteien schwer im Magen liegen.

Vorläufig muß man noch bezweifeln, daß die Volksparteiler diesen Mann wählen werden, zumal sie ja durch die Notverordnung des Herrn Franzen in die Lage verlegt sind, zunächst mit einem Minister auszukommen.

## Weiterarbeit an der Strafrechtsreform

Als einziger der großen Reichstagsausschüsse wird der Strafrechtsausschuß im Herbst eine größere Tagung abhalten. Der Ausschuß ist jetzt für den 22. September einberufen worden, um die Strafrechtsreform, die im Frühjahr bei der Reichstagsvertretung gleichfalls abgebrochen wurde, nunmehr fortzusetzen. Zur Beratung wird zunächst der 16. Abschnitt der Strafrechtsreform gestellt, der gemeingefährliche Handlungen, Störungen des öffentlichen Verkehrs und andere Delikte umfaßt. Von größerer Bedeutung sind die dann folgenden Beratungen über den 17. Abschnitt, der die Tötungen betrifft und bei dem infolgedessen die Entscheidung über die Todesstrafe gefällt werden muß. Weitere wichtige Bestimmungen sind die über den Hoch- und Landesverrat, die im Frühjahr vom Ausschuß zurückgestellt waren und bei den kommenden Ausschüßberatungen noch erledigt werden müssen. Für den weiteren Fortgang der Beratungen an der Strafrechtsreform wird es eine nicht unerhebliche Rolle spielen, wie sich die Deutschen und die Nationalsozialisten künftig verhalten werden. Eine Entscheidung darüber, ob diese Parteien an den Ausschüßberatungen in Zukunft wieder teilnehmen werden, ist noch nicht gefällt. Dies gilt jedoch nicht als ausgeschlossen, zumal bei den bevorstehenden Beratungen wichtige Entscheidungen zu treffen sind. Der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Geheimrat Dr. Kahl, hofft, die Ausschüßberatung der Strafrechtsreform in wenigen Wochen beenden zu können, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten.

## Die Schuldigen bezahlen selbst

Die Nazis verlassen das städtische Haus wieder

Die Lösung des seit Jahren Mietvertrages, der den Nazis ein der Stadt Berlin gehörendes Haus ausliefern sollte, ist nun doch erfreulicherweise auf eine Art erfolgt, die für die Stadt Berlin kein materielles Opfer bedeutet. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt dazu mit: Weder die Stadt noch eine der in der Presse erwähnten Gesellschaften (Berliner Nordbahn A.G., Berolina Grundstücks-A.G. in Liquidation, Berliner Bauhandeln A.G. in Liquidation) haben eine Entschädigung oder Abfindung gezahlt. Die für das Zustandekommen des Vertrages verantwortlichen Direktoren haben vielmehr von sich aus dem Mieter aus eigenen Mitteln die Aufwendungen erlegt, die von ihm nach den vertraglichen Bestimmungen für die Instandhaltung der Räume verausgabt waren. Das Haus wird am Mittwoch geräumt sein. Direktor Dr. Bouffet hat schon vor mehreren Tagen freiwillig seinen Rücktritt als Vorstandsmitglied der Berliner Nordbahn A.G. angeboten. Hierüber wird in der kommenden Woche der Aufsichtsrat zu entscheiden haben.

## Wahlfälschungen der Nazis amtlich festgestellt

Köln, 5. September. (Eigener Drahtbericht.)

In Köln waren beim Volksentscheid die Wahlvorstände meist mit Mitgliedern der Volkseigenen Parteien besetzt, weil die Sozialdemokraten und auch die Zentrumskräfte ihre Zeit für die erbärmliche Aktion der Fahnenkreuzer und Kommunisten nicht opfern wollten. Die Wahlvorstände hatten ihre Brüste zum Teil mit großen Fahnenkreuzen geschmückt. Manche verteilten den „Weitdeutschen Beobachter“ im Wahllokal oder trieben anderen Unsinn. Die Folge dieser einseitigen Besetzung der Wahllokale war, daß es nicht immer ehrlich bei der Auszählung der Stimmzettel zuging. In einem Wahlbezirk z. B. erklärte der Nazi-Wahlvorstand trotz der Proteste eine Anzahl von Stimmzetteln, die weder angekreuzt noch überhaupt in ihrer Entscheidung kenntlich gemacht waren, einfach als gültige Ja-Stimmen. Diese Vorgänge haben die Stadtverwaltung in Köln veranlaßt, in eine Nachprüfung der Ergebnisse einzutreten. In dem amtlichen Untersuchungsergebnis erklärt die Stadtverwaltung jetzt zusammenfassend folgendes: „Auf die Gültigkeit des Volkseigenen selbst haben die an sich zu bedauernden Verhältnisse (politische Abzeichen der Wahlvorstände, Zeitungsverbreitung usw.) keinen Einfluß. Die Vermutung ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß einzelne Stimmzettel zu unrecht als gültig erklärt wurden.“

Wenn schon in Köln die Mogelei der Nazis amtlich festgestellt wird, wie mag erst in den agrarischen Gebieten gemogelt worden sein!

## Hugenberg vor der Verschmelzung mit Hitler

Antändigung eines Stahlhelm-Gauführers

Der Stahlhelm-Landesverband Brandenburg hielt am Sonntag in Frankfurt a. D. eine Führertagung ab in deren Verlauf der Gauführer v. Morozowicz u. a. unter Hinweis auf den bevorstehenden Winter folgendes erklärte: „Ein Trennen des Begriffs Hugenberg, Hitler, Selbste und Duxterberg ist nicht mehr möglich in der Masse des Volkes. Das sei die große propagandistische Aufgabe des Winters, alle national Denkenden hineinzuführen in die sich bildende nationale Einheitsfront.“

Das ist die Vorantändigung für die von Hugenberg erstrebte Verschmelzung seiner bankrotten Partei mit Hitler.

## Sur Notverordnung über die Einschränkung der Ausgaben in Preußen

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Noch immer finden sich in der Presse täglich Einzelheiten über das zu erwartende preussische Sparprogramm und werden mit mehr oder weniger Temperament erörtert. Bei genauerem Zusehen stellt sich meist heraus, daß diese Nachrichten von übereifrigen Interessentenverbänden ausgehen, die gegen Maßnahmen protestieren, deren Einzelheiten ihnen noch gar nicht bekannt sind. Es hat keinen Zweck, zu diesen zahlreichen Zeitungs-meldungen irgendwie Stellung zu nehmen, ihre Richtigkeit zu bestätigen oder ihre Unrichtigkeit nachzuweisen. Am Mittwoch, dem 9. September, findet die entscheidende Sitzung des Staats-ministeriums, in der über die Notverordnung zur Einschränkung der Ausgaben Beschluß gefaßt werden wird, statt. Bis dahin wird sich die Öffentlichkeit gebulden müssen. Es ist anzunehmen, daß der Inhalt dieser Notverordnung vielleicht noch an demselben Tage oder am Tage darauf der Presse mitgeteilt werden wird.

## Volksparteiler verlangt Curtius' Rücktritt

Hannover, 7. September. (Eig. Funkbericht.)

In einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei in Leer erklärte der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Hinemann, daß der Verzicht auf die Jollution ein politischer Mißerfolg sei. Staatspolitisches Interesse fordert daher, daß diejenigen, die für diesen Mißerfolg verantwortlich seien, daraus die Konsequenzen zögen. Für ihre inneren Maßnahmen brauche die Regierung unbedingt das Vertrauen des Volkes. Dieses Vertrauen könne aber nicht vorhanden sein, wenn die Regierung nicht die Schlußfolgerungen aus der außenpolitischen Niederlage ziehe würde.

Es ist kein Geheimnis, daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion in ihrer Mehrheit schon lange besteht ist, ihren Außenminister aus innenpolitischen Gründen zu Fall zu bringen.

## Matrose als Spion verhaftet

Wilhelmschaven, 5. September. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Reichsmarine in Wilhelmschaven wurde ein Matrose von der Flotte unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet. Es wird zurzeit noch untersucht, in welcher Weise er seine Spionagetätigkeit ausgeübt und welchen Umfang sie hatte.

## Kriegervereins-Warenhaus pleite

Ein Berliner Montagsblatt meldet, daß das vor zwei Jahren in der Neuen Friedrichstraße in Berlin gegründete Deutsche Kaufhaus, eine Zweigorganisation des Hauptkrieger-Verbandes Berlin, den Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt hat, also pleite ist. Die Gründung bezweckte, den großen Warenhäusern Konkurrenz zu machen und unter nationalem Mantel Geschäfte zu betreiben.

## Naturalleistungen bei Steuerzahlungen

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde in einer kürzlich im Preussischen Wohlfahrtsministerium abgehaltenen Besprechung allgemein das Bedürfnis betont, zur wirksamen Bekämpfung der Not des kommenden Winters der öffentlichen Fürsorge mehr als bisher durch Naturalleistungen, insbesondere Volksspeisungen, Verabreichung von Brot, Kartoffeln, Holz und Kohle zu helfen. In ländlichen Bezirken besteht die Möglichkeit, die erforderlichen Mengen teilweise durch Entgegennahme an Steuerkraft vom Erzeuger aufzubringen. Die Art der Durchführung der Naturalversorgung erweist sich jedoch als stark örtlich und zeitlich veränderlich bedingt, so daß sich eine Regelung im Gesetzeswege nicht empfiehlt. Die Durchführung soll daher der Entscheidung der örtlichen Wohlfahrtsbehörde überlassen bleiben. Um diese anzuregen, wird das aus verschiedenen Landesteilen vorliegende Material bekanntgegeben werden, ohne daß eine der bereits angewandten Arten der Naturalversorgung als vorbildlich empfohlen werden soll.

Wir bringen in den nächsten Tagen eine ausführliche Darstellung eines Sachverständigen über die in Frage kommenden Probleme unter der Rubrik „Arbeit und Wirtschaft.“

## Frankreichs Luftminister über die Abrüstung

Er glaubt, daß Frankreich bereits zum Teil abgerüstet hat  
Paris, 7. September. (Eigener Funkbericht.)

In Aux wurde am Sonntag der 17. Jahrestag des Sieges in der großen Marne Schlacht gefeiert. Luftminister Dumessnil hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er nach Würdigung der Toten vor allem von der Abrüstung sprach. Der Minister führte u. a. aus: „Es gibt keinen gelunden Geist, der nicht die edelmütige Aktion des Völkerverbundes für Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen unterstützt. Es gibt keinen Patriot, der nicht wünscht, daß eine aufrichtige Einigkeit unter den Völkern ihrem Lande erlauben möge, nicht mehr unter dem Schatten der Degen zu leben. Aber es gibt auch niemand, der nicht versteht, daß die moralische Abrüstung der Waffen-abrüstung vorgehen muß und daß diese letzte von sicheren Garantien begleitet sein muß. Seit dem Inkrafttreten des Völkerverbundspaktes hat Frankreich aus eigener Initiative den Weg der Abrüstung beschritten. Über unser Land, das dreimal in einem Jahrhundert überfallen worden ist, braucht Land, See- und Luftstreitkräfte, die der Verletzlichkeit seiner Grenzen entsprechen. Frankreich hat seine Rüstungen bereits auf ein Niveau herabgedrückt, das für seine Sicherheit unter den gegenwärtigen Umständen notwendig ist. Es ist damit sogar den Plänen des Völkerverbundes zuvorgekommen. Man darf auch nicht vergessen, daß es anderswo heimliche Rüstungen gibt, die nur schwer von Beschränkungsbestimmungen erfaßt werden können. Und wenn man das Budget unserer Landesverteidigung mit dem Budget anderer Länder vergleicht, dann läßt sich aus den Ziffern allein erkennen, daß in derselben Zeit, in der wir freiwillig bedeutende Rüstungsherabsetzungen vorgenommen haben, andere Länder für ihre Sicherheit Summen geopfert haben, die unsere Ausgaben um mehrere Milliarden übersteigen.“

Der Luftminister spielte auch auf den Verzicht Deutschlands und Österreichs auf die Jollution an und erklärte: „Die Wichtigkeit der Erklärungen von Curtius und Schöber in Genf kann nicht verkannt werden. Begrüßen wir sie, wie sie es verdienen, mit der loyalen Hoffnung, daß sie eine günstigere Atmosphäre für das Werk der europäischen Zusammenarbeit schaffen. Der Wortführer unseres Landes hat bereits klar gemeldet, daß Frankreich unermüdet sein wird, den Frieden zu befestigen, indem es ohne Vorbehalte an einer vollständigen Solidarität zwischen den europäischen Staaten mitarbeiten wird.“

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Städtisches Theater. Montag, 20.15 Uhr, gelangt Richard Strauß 'Salome' zur Aufführung. Die Titelpartie singt Erica Darbois...

Tägliches Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Arietern

Bei anhaltender Zufuhr arktischer Kaltluftmassen haben wir mit Fortdauer der für die Jahreszeit sehr frühen und unbedingten Witterung zu rechnen...

Wasserstand

Table with 3 columns: Station, Water Level (m), and Notes. Includes stations like Ratibor, Kellie (Stadt), and Treibschiff.

! Vergesse nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werben

Familien-Anzeigen

Am 5. September, gegen 10 Uhr, entschlief sanft und unerwartet unser lieber guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schmelz August Langer...

Dr. Spitzer Facharzt für Haut- und Harnleiden verzoogen nach Königsplatz 4, I. Ecke Friedr.-Wilh.-Straße (Dresdner Bank)

Die Schanzwirtschaft 'Goldener Zepter' Schmiedebühne 22, soll vom 1. Oktober 1931, ab neu verpachtet werden. Die Pachtbedingungen können vom Magistratsbüro II, Zimmer 54, Blücherplatz 14, für 0.50 Mk. bezogen werden.

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat Breslau 3 Neue Graupenstraße 6

STADTHEATER

Montag, 20.15 bis 22 Uhr Salome Dienstag, 20 bis nach 22.45 Abonnement-Vorstellung E 1 Der Bettelstudent

LOBETHEATER Täglich, 20.15 Phaea 9713

THALIATHEATER Täglich, 20.15 Freie Bahn dem Tüchtigen

AKAZAR und BROADWAY GARTENSTR. 65 VERGNÜGLINGS-VARIETE-TANZ-PALASTE.

BITTE bei allen Einkäufen stets die Inseraten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Circus Busch

Schar-Arena / Rai 291 35 Entscheidung ohne Zeitbeschränkung. Freier Stil Türkische Art Die Ringer werden eingeeilt Favre - Sullivan

Oberbett 2 Kissen Inlett pa. federdicht... 1395 Bei Inlettkauf Federnreinigung gratis!

Bei Inlettkauf Federnreinigung gratis! Betten-Dukas Neudorfstr. 2

WAPPENHOF Heute Montag ab 4 Uhr: Gr. Nachmittags-Varieté-Vorstellung Fred Kaiser mit seinem Dresdener Burlesken-Ensemble...

Luch Bühne -r. Broadway Gartenstr. 65 Die Vergeltungskette für jedermann! Täglich ab 8 Uhr: 2 Posen Varieté Programm

Ein Lebensbild von Friedrich Engels. Der Jugend erzählt von Dr. Willi Cohn. Preis 90 Pf. Volkswacht-Buchhandlg.

Zurückgekehrt Dr. F. Brieger

Druckerei Volkswacht (tel) moderner Drucksachen Breslau 2 Florstraße 4/6

Kleine Anzeigen sind kompakt gefasste einpaltige Anzeigen von Verläufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privat. Wort 3 Pfennige, - bei 4 Pfennige.

Arien- und Lieder-Abend Marcel Wittriss (Erster lyrischer Tenor der Staatsoper Berlin, Covent Garden London) Am Flügel: Franz Rupp

olympia Die stabile und formschöne Gebrauchs-Schreibmaschine für jeden Betrieb Europa Schreibmaschinen A Breslau Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90 :: Tel. 339 5/6.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Rauchfuss, Scheitniger Str. 33 zuletzt Mitinhaber der aufgelösten Firma Bresneler Waeher Inhaber: Richard Julius Rauchfuss. - Keine Filiale. Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

Trinkt Nitschke-Crème anerkannt vorzüglich

Fleisch- u. Wurstwaren

Georg Moese Sandstraße Nr. 13 und Anderssenstraße Nr. 7 Fernsprecher 555 33

Hugo Hentschel Dtsch.-Lissa Dyhernfurth, Str. 1a Fabrik für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilh. Land jr. Lehmgrubenstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Mathias-Straße 148 Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Scheitniger Str. 23 Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt Weissenburger Straße 4 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-Karistr. 5 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Hermann Kipke Frankfurter Straße 174 Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Qualität

Paul Kursawe Neudorfstr. 26 Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Emil Lüdeck Steinauer Straße 6 Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Kaps Klosterstraße 7 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Gondok Oelsnerstraße 13 Zigarren, Zigaretten, Tabake, anerkannt beste Qual.

Bäckereien und Konditoreien Richard Scholz Bäckerei und Konditorei - Blücherstraße 27

Wäsche, Berufskleidung

Leinenhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring) Gute Berufskleidung und Wäsche Eigene Anfertigung

Wäsche aller Art nur bei Lutz Manneberg Breslau, Reuschestr. 45

Fahrräder und Reparaturen

Fahrradhaus P. Schlape Tauentzienstraße 149 Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten

Fahrradhaus „Frisch auf“ Nikolaistraße 78/79 Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes, „Solidarität“.

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12 a Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate Reparaturwerkstatt - Teilzahlung gestattet.

Karl Kapelle Steinauer Straße 31 Fahrradhandlung Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Motorräder

Fahrradhaus Gomolka Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße 2c Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile Reparaturwerkstatt

Kaufhäuser

Kauft bei Blasse Blasse ist billig Nur Graupenstraße

Beerdigungs-Anstalten

Beerdigungs-Anstalt C. Heymann Klosterstraße 95/97 Breslau 8 Telefon 58747 Zweiggewölbe Gräbschener Straße 43 Beerdigungen, Ueberführungen, Feuerbestattungen Neuzeitl. Ueberführungs-Autos Großfahrbetrieb Begräbnis-Versicherung Prospekte kostenlos Vertreterbesuch unverbindl.

Bäckerei u. Konditorei

Ernst Glatz Bohrauer Str. 37 Telefon: 308 94 Bäckerei und Konditorei

Staats- und Privat-Lotterielose

Lehnert, Staatliche Lotterie-Einnahme Breslau 5, Gräbschener Straße 1 (Sonnenplatz) Postcheckkonto 67305 Fernruf 58815

Eisenwaren

Eisenwaren und Wirtschaftsartikel laufen Sie zu niedrigsten Preisen bei Noster & Moesner Brüderstraße 38 Ecke Tauentzienstr.

Molkerei-Produkte

Fernruf 532 95 Alsen-Molkerei Fernruf 582 95 Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86 Milch, nach dem neuesten Verfahren dauerpasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24 empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererstier Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften Aisenstraße 21 und Lehmdamm 2.

Central-Dampfmolkerei Bettlern

Hermann Walter Stadtgeschäft: Gabitzstraße 89 Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebs-einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.

Fetteiche Vollmilch

garantiert 3% Fett, sowie Schlagsahne, Kaffeesahne und sämtliche Molkereiprodukte offeriert: Molkerei Herrmann, Kreuzburgerstr. 22 Telefon 265 26

Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch Fernruf 547 10 in sämtlichen durch unsere Plakate gekennzeichneten Spezial-geschäften erhältlich

Metallbettstellen, Matratzen

Metallbettstellen / Matratzen Kinderbettstellen / Gaskoeder Beier & Olowinski Breslau, Herrenstraße 31 Auch gegen monatliche Ratenzahlungen ohne Aufschlag

Schuh- und Lederwaren

Schuhvogel Scheitniger Straße Nr. 12 Friedrich-Wilhelm-Straße

Emil Hämpf Fried. Wilhelm-Straße 84 empfiehlt Offenbacher Lederwaren Koffer, Schultaschen u. Aktenuappen zu billigsten, aber festen Preisen

Die Genossen kaufen gut im Schuhhof, Bohrauer Str. Reel u. billig

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutschke, Oberall empfohlen Albert Gutschke Breslau, Reuschestr. 32 Telefon 250 92 Bekannt leistungsfähige Leder- u. Schuhbedarfsartikelhandlg. Schließ Gräbschener Str. 19/21 Mollkestr. 14 Bohrauer Str. 27 Poststr.

Oswald Grunwald Tel. 215 78 Tauentzienstraße 130 Tel. 215 Lederhandlung • Zigarren • Zigaretten • Tabak

Pfandhäuser

Belehnung von Wäsche: Betten- u. Kleidungsstücken: Gold- u. Silberwaren Julius Grundmann Treibitzer Straße 21.

Geld auf Pfänden Leihhaus Rose Friedrich-Wilhelm-Straße 67, Telefon 53612 u. Brandenburger Straße 24, Telefon 39624

Bekleidung

Hüte und Mützen Hermann Barth Gräbschener Straße 12 Teichstraße 2

## Breslauer Nachrichten

### Kampf dem Hunger

Die Sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament hat in der letzten Sitzung in einer Großen Anfrage die Not der Stadt Breslau behandelt und vom Magistrat und seiner bürgerlichen Mehrheit Rechenenschaft verlangt, was er zu tun gedenkt, um die katastrophale Lage der minderbemittelten Bevölkerung zu bessern. Breslau hat gegenwärtig rund 60 000 Unterfühlungsempfänger, die mit der Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung leben müssen. Rund die Hälfte dieser in bitterster Not lebenden Menschen sind auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen und haben keine Aussicht, in absehbarer Zeit Arbeit zu finden.

Die Antwort des Magistrats war leidend genug. Der Stadtbürgermeister forderte zwar Vertrauen, konnte aber nichts Konkretes anführen, was tatsächlich an großzügigen Maßnahmen getroffen wird, um für diesen Hungerwinter mehr Arbeit und Brot zu schaffen.

Genosseninnen, nur der geschlossene Wille der Arbeiterschaft kann die verantwortlichen Stellen hier und in Berlin zwingen, endlich zur wirksamen Hilfe aufzurufen.

Nicht Drosselung der Ausgaben für Wohlfahrtszwecke und Verschwendung der Kosten sind, sondern Vermehrung der Arbeit und Aufrechterhaltung der Fürsorge- und Schulleistungen.

Die Forderungen unserer Fraktion müssen sichtbar getragen werden von dem Massenwillen der Bevölkerung.

Darum auf zum Kampf!

Zeigt es dem Magistrat und der Regierung, daß der Kampf um uns aufgenommen werden soll auf der ganzen Linie. Der 13. September muß zum Merkstein werden in der proletarischen Frauenbewegung Breslaus als Wahrzeichen des Angriffs auf die Abwehr der Frauen. Auf zum Sozialistischen Frauenkampf! Keine darf fehlen!

### Schutz, weil marschiert

#### Wichtiger Aufmarsch der Parteischutzformationen

Am Sonntagabend marschierten die Schutzstaffeln der Breslauer Parteiorganisation durch Breslaus Straßen, und wer diesen Aufmarsch gesehen hat, dem wurde einmal klar gemacht, was hier über Nacht, eine Macht proletarischer Massen entstanden ist. An den Leuchttürmen formierten sich die aus den einzelnen Abteilungen aufmarschierenden Staffeln zu einem Zuge, in dem der junge Element vorherrschte. Circa 1000 Proletarier marschierten im Gleichschritt durch Sadowajstraße und am „Braunenhäuser“ in der Neudorfstraße vorbei, wo sich schnell ein paar hundert zusammenfanden, denen die Niedertrübe der sozialdemokratischen Schutzformationen nicht sehr angenehm in den Augen klangen.

Auch in der Brunnen-, Loh-, Sedan-, Viktoria- und Höfchenstraße, durch die die Kolonnen marschierten, fanden die dort lebenden Feinde der Arbeiterschaft Gelegenheit, die Wut der proletarischen Zeitung über die Schutzstaffeln mit der Wirklichkeit zu vergleichen.

Auf dem Platz der Republik marschierten die Formationen der Kampfe des ehemaligen Schlosses zu einer Abschlussparade auf, die das Tambourkorps der Arbeiterportier mit dem „Brüder, zur Sonne“ einleitete. In einer kurzen Ansprache wies der Parteivorstand, Genosse Eckstein, unter wehenden roten Sturmfahnen auf die Notwendigkeit des vorübergehenden Aufrufes zur Bildung der Schutzstaffeln hin. Daß es in so kurzer Zeit möglich war, eine so machtvolle Gruppe zu formieren, ist ein Zeichen des kampfbereiten Willens der Arbeiterschaft, sich unter dem roten Banner mit eigener Kraft einzusetzen, um zu der Kerntruppe zu werden, die die Angriffe des Faschismus abzuwehren und darüber hinaus vorzustoßen. Genosse Eckstein schloß mit einem Hoch auf die proletarische Internationale, in das die Versammelten einstimmig eintraten. Mit dem gemeinsamen Gesang des alten Kampfliedes und einem über den Platz brausenden „Freundschaft“ endete der imposante Aufmarsch seinen Abschluß.

Am „Braunenhäuser“ wollten Hitlerbanditen nach der alten Kampfweise der Markkolonnen der SA. frech werden. Etwa um die fünfzehn Mann liefen mit der letzten Gruppe der am Sonntag marschierenden Jugendstaffel mit und stimmten dem juchzenden Geschrei an. Offenbar wollten sie über einige am Schluß marschierende Jugendliche herfallen, was ihnen allerdings nicht sehr gut bekommen wäre. Da jedoch die Wagenbesatzung des Polizeiautos mit dem Gummiknüppel in Aktion trat, ehe ein Angriff erfolgen konnte, brauchten sich die Marschierenden nicht selbst schützen.

## Theater und Musik

### Oper-Theater

#### Freiz von Unruh: „Phaen“

Ein Werk, das groß in seinem Willen, reich in seinem Gehalt, zuweilen unbewußt tief in seinen Gedanken, ungewöhnlich lebendig in seiner Menschengestaltung und rein in seiner Gestaltung ist, aber weder künstlerisch noch ideell zu geschlossener Form und klar geprägtem Ausdruck gelangte. Vielmehr von Schlägen durchsetzt ist, vielfach wuchtig gärt, teilweise verwirrt und allzu in sich verstrungen ist. Es enthält eine Reihe packender Szenen, die in ihrer Milieu- und Sittenschilderung wie in ihrer Menschengestaltung naturwahr, kraftvoll und gut beobachtet sind. In sie hinein aber sind große Partien leerer Rhetorik und hohlen Pathos' gestellt, in denen unartikuliert die Note eines Menschen herausgestammelt und geschrien und kulturkritische sein sollende, teils laiche, teils unausgereifte Gedanken in toten Wiederholungen und formalen Lehrhaftigkeit gepredigt werden. Kurz, ein Werk, in dem sich gegenläufig störende Ausdrucksweisen und Stilmittel unheimlich mischen, in dem zwischen naturalistischen Schilderungen und repressivem Gefühlsausbruch, die hier notwendig unnatürlich und verkrampft wirken, uns umbranden. Auch der Humor ist verkrampft, er ist wirksam eigentlich nur, soweit er zu bitter-süßlichen und vor Rot schmodrigen Witz sich destilliert. Dabei haben dem Dichter manchmal auch sehr glückliche Formulierungen unter, die aber trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer Treifigkeit im rein intellektuellen, Begrifflichen stecken bleiben. Wo die tieferen Erlebnisrichtungen angerührt werden, quillt ein Strudel von amorphen Gedankenschemen aus den Rigen. Und über die primitivsten Ablehnungen der Unkultur der Gegenwart kommt der Dichter eigentlich nicht hinaus. Nur wenn die unmittelbare Seelennot lebendiger Menschen zum Ausdruck gelangen soll, gelingt dem Dichter eine klare umrissene Gestaltung. Seine Gedankliche erlangten Ausdruck, seine Gedanken nicht; sie verbinden sich weder mit den Gefühlen zu einer Einheit, noch werden sie in ihrem Gehalt durchsichtig.

Das Stück ist eine rein schildernde Szenenfolge, die keinen natürlichen Anfang und kein natürliches, in den Vorgängen

# Aus dem Gerichtssaal

### Die geraubte Aktentasche

Als der 75 Jahre alte Bürodiener Schaftod am Vormittag des 2. Juli d. J. das Haus Hohenzollernstraße 27/29 betrat, wurde ihm von einem jungen Manne die Aktentasche entzogen und damit schleunigt das Weite juchte. Auf die Hilferufe des alten Mannes wurde der Räuber durch einen Radfahrer verfolgt, der ihn festhielt und ihm die geraubte Aktentasche wieder abnahm. In dieser Aktentasche befanden sich 500 Mark Geld, die der Bürodiener beim Postfachamt abgeholt hatte. Hier hatte ihn der Räuber beobachtet und war ihm unbemerkt gefolgt. Der Räuber war der 22 Jahre alte Zuschneider Georg K. Da er arbeitslos war und sich kein Vater von ihm losgejagt hatte, konnte er mit der Arbeitslosenunterstützung von 6 Mark wöchentlich nicht auskommen. So hatte er sich dann den Plan zurechtgelegt, einen Raub auszuführen. Auf dem Postfachamt hatte er dann den alten Mann beobachtet. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß es sich nicht um einen Raub handelte, er habe überhaupt keine Gewalt bei der Wegnahme der Tasche anwenden brauchen. Der Verurteilte behauptete zwar, daß er die Tasche fest in der Hand hatte, daß sie ihm auch mit einem starken Ruck weggerissen wurde, doch trotzdem sah der Staatsanwalt als auch das Gericht die Voraussetzung im Sinne des Gesetzes für einen Raub als nicht vorliegend an und verurteilte K. wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis. Da bei seiner Verhaftung in seinem Besitz ein Schlagring gefunden wurde, hat er nach Ansicht des Gerichts auch gegen die Notverordnung vom 30. März d. J. verstoßen. Er wurde deshalb zu weiteren zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Unteruchungshaft wird ihm auf die Strafe angerechnet. Damit ging der unüberlegte Streich noch einmal gut ab. Wäre die Anklage auf Raub aufrechterhalten worden, so wäre die Strafe ganz anders ausgefallen.

### Kasinosfeste und ihre Folgen

Die Kasinosfeste in der Kaserne in Karlowitz hatten für den Obergesetzten Fritz Pohl recht unangenehme Folgen, die ihn völlig aus der Bahn warfen. Der 29jährige Obergesetzte hatte sich bisher als Herrschaftsdienere einen recht guten Namen gemacht, und deshalb wurde er auch, als er Reichswehrsozialrat war, immer zu den Kasinosfesten als Diener verwendet. Bei diesen Kasinosfesten wurden von Offizieren immer erhebliche Mengen Sekt konsumiert. Als er am 14. Juni d. J. wieder einmal bei einem solchen Fest bedient hatte, versuchte er, drei Flaschen Sekt doppelt abzurechnen. Da ihm sein Irrtum alsbald nachgewiesen wurde, erklärte er sich bereit, die Differenz von circa 13 Mark zu bezahlen. Einige Tage nach diesem Kasinosfest wurden einem Kameraden, der außer fünf weiteren Kameraden die Stube des P. teilte, ein größerer Gelbbetrag gestohlen. Da wiederholt auf dieser Stube Geld aus dem Spinde abhanden gekommen war, wurde eine Spindrevision vorgenommen und dabei fand man im Spinde des P. u. a. eine Damenhandtasche und ein Schlüsselbund. Die Damenhandtasche vermählte Fräulein von W. und der Schlüsselbund gehörte einem Stubenkameraden. Jetzt hielt man P. für den Dieb, der die Kameraden bestohlen hatte, der auch die Tasche des Fräulein von W. unterschlagen hatte und der sich durch die Mehrrechnung der Flaschen Sekt auch des Betruges schuldig gemacht habe. Er wurde deshalb am 17. Juli in Unteruchungshaft genommen. Am Montag vor dem Erweiterten Schöffengericht stellte er es entschieden in Abrede, sich strafbar gemacht zu haben. Er sei zwar wiederholt wegen Urlaubsüberschreitungen mit Arreststrafen vorbestraft, doch wies er im Uebrigen auf seine einwandfreie Vergangenheit hin. Die Handtasche des Fräulein von W. will er nach einem Kasinosfest auf dem Billard gefunden haben und da er nicht bald Gelegenheit hatte, sie zurückzugeben, fürchtete er Unannehmlichkeiten. Die Tasche enthielt nichts weiter als ein Zigarettenetui und eine Postkarte. Das Schlüsselbund des Kameraden habe er gefunden und es später vergessen, zurückzugeben. Die vernommenen Kameraden des Angeklagten konnten über die Diebstähle keine genauen Angaben machen. Der An-

Amüstant war auch zu beobachten, wie eifertige Nazis an den Straßenecken, wo sich die Menschen haufen, das Gerücht in die Welt setzten, der Zug sei ein vereinter Aufmarsch der SPD. und der KPD. Man wollte es nicht wahr haben, daß die Sozialdemokratische Partei neben dem Reichsbanner auch noch eine zweite Schutzformation aus dem Boden zu stampfen vermag. Die Leute sollen glauben, was sie wollen, die Hauptsache ist, daß ihnen der Mut zu ihren falschlischen Frechheiten vergeht, mit denen sie hier und da gläubigen Proletarier terrorisieren zu können. Auch auf diesem Gebiete werden die sozialdemokratischen Schutzstaffeln ihre Aufgaben zu erfüllen wissen.

selbst liegendes Ende hat, die insolge dessen auch kein Ziel hat, auf die sie loszuerst, die noch hätte fortgesetzt werden können, ohne daß etwas Wesentliches hinzu kommen würde. Bei aller aufregenden Lebendigkeit vieler Szenen fehlt dem Werk als Ganzes daher doch die atembraubende, innere Spannung, die mit einem sich Zusammenziehen der Spannungen im Leben zu einer Explosion verbunden ist. Das Spiel hat daher auch keinen Höhepunkt. So ist man durch das Spiel zwar lebhaft angeregt, manchmal auch gepackt und innerlich ergötzt, zuweilen durch ein Abgründe bloßlegendes einzelnes Wort tief berührt, aber man wird nicht mitgerissen, es entsteht keine wirkliche Erschütterung.

Das Werk will die Hohlheit, die Unnatur, die Gefühlslosigkeit und Rohheit, das Spielen des Kapitals mit Menschenschicksalen, mit dem Leiden und Entzückungen der Menschen, deren kalte Ausnutzung zu Profitzwecken, jener die Künstlichkeit so vieler defakierter Existenzen, die Selbst-Prostitutionierung des geistigen Menschen, die Künstlichkeit aller, die Demoralisierung der Menschen durch das Geld, die Entheiligung und Entseelung des Lebens durch die Maschine, die Abtötung des künstlerischen Schaffens durch die Mechanisierung des Lebens unserer Zeit überhaupt an dem Beispiel all dieser Erscheinungen in der modernen Filmindustrie im besonderen zeigen. Er schildert dieses Beispiel der Entartung unseres Lebens ausgezeichnet, und auch mit jener unbewußten Transparenz, in der es zum Symbol des gesamten Lebens unserer Zeit wird. Aber die Gestaltung dieses allgemeinen Charakters unseres Lebens wird verwirrt durch die Ausprägung der Gestaltung eines Sonderfalls, der keine typische Bedeutung hat, sondern eine Singularität bleibt. Der Großkapitalist, der die Menschen seiner Kinofabrik geistig und seelisch auspreßt, um zu Gipfelleistungen der Produktion zu gelangen, tut das nebenher auch noch aus einem rein persönlichen Motiv. Er ist nämlich offenbar persönlich vom Leben tiefmütterlich behandelt und berauscht sich persönlich an den Leiden und Freuden seiner menschlichen Objekte. Er verschafft sich so einen Ersatz für Genüsse und Erlebnisse, die ihm verweigert sind. Abgesehen davon, daß dies zeigt, zu welchem Maß der Ausbeutung der Menschen das Kapital die Macht verleiht, hat das mit dem Thema nichts mehr zu tun; es verwirrt daher nur.

geklagte selbst gab zu, hin und wieder in Geldverlegenheit gewesen zu sein, da er erhebliche Ausgaben hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn unter Freisprechung zweier Gelddiebstähle vier Monate und zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht hielt die Gelddiebstähle nicht für reiflos geklärt und sprach ihn deshalb soweit frei. Freisprechung erfolgte auch wegen Betruges mit dem drei Flaschen Sekt. Verurteilt wurde er wegen Unterschlagung der Handtasche und des Diebstahls des Schlüsselbundes. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Unteruchungshaft als verbüßt angesehen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Mit der Verurteilung ist selbstverständlich auch seine ganze Zukunft zerstört und er erzählte selbst, daß sich keine Verwandten bereits von ihm abgewandt hätten.

### Wegen Notzuchtsverbrechens verurteilt

Wie ein Straßenräuber fiel der 21 Jahre alte Adertüschler Anton Pierjalla aus Gimmel über eine 46jährige Witwe her, um sie zu vergewaltigen. P. kam am 8. Juli d. J. auf seinem Fahrrad die Chaussee bei Gimmel entlang und überholte die Witwe, die ebenfalls auf dem Fahrrad fuhr. Er hielt dann an und als die Frau herankam, ließ er sie vom Rade, drohte sie zu erschlagen, steckte ihr ein Taschentuch in den Mund, um sie am Schreien zu verhindern und schleifte sie in den Chausseegraben. Durch das zurückgelassene Taschentuch wurde P. als der Täter ermittelt. Er gab die Tat zu, behauptete aber, die Frau habe sich nicht gekränkt. Das konnte ihm aber das Gericht mit Rücksicht auf seine Drohungen nicht glauben und verurteilte ihn zu einem Jahre acht Monaten Gefängnis.

### Wegen Spionage verurteilt

Vor dem I. Ferienstrafenat des Oberlandesgerichts Breslau stand der 35jährige Tischler Ignaz Sikora, um sich wegen Verbrechens aus § 1 des Spionagegesetzes zu verantworten. Die Anklage legte ihm Spionage zu Gunsten Polens zur Last. Die Verhandlung, zu der 14 Zeugen und ein Schauerständiger geladen waren, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. 75 Mark, die er für seine Spionagetätigkeit erhalten hatte, wurden eingezogen. Die Unteruchungshaft, in der er sich seit November vorigen Jahres befindet, wurde ihm auf die Strafe angerechnet.

### Nachwehen vom Stahlhelmtag

Zahllos sind die Prozesse, deren Ursachen auf den Stahlhelmtag zurückzuführen sind. Allwöchentlich finden mehrere solcher Prozesse statt gegen Personen, die sich durch das provozierende Verhalten der Stahlhelmer zu Gewalttätigkeiten hinreizen ließen. Am Abend des 31. Mai kam der Schüler Hans Herden mit dem Stahlhelmschilde angetan, durch die Leutenstraße spaziert, er sich schon eine starke Provokation für eine ausgesprochene Arbeiterschaft. Es trat dann auch ein Arbeiter auf den jungen Mann zu und verlangte, daß er das aufreizende Abzeichen abnehme. Das tat der Schüler nicht und da sich schnell eine große Menschenmenge ansammelte, erhielt er eine fürchterliche Tracht Prügel. Er wurde in die Wohnung eines Nachbarn gebracht, denn seine Eltern befanden sich noch bei der Stahlhelmsfeier. Aus der Menge, die auf etwa 100 Personen angewachsen war, hatte man drei Arbeiter herausgegriffen und sie unter Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gestellt. In der Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht konnte zwei von ihnen eine Täterrolle nicht nachgewiesen werden, weshalb sie freigesprochen wurden. Ein dritter Arbeiter aber wurde von einem der Mitbewohner seines Hauses als derjenige bezeichnet, der den Herden geschlagen hatte. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte selbst bekennt es zwar, geschlagen zu haben und so besteht immerhin die Möglichkeit, daß er irrtümlich verurteilt wurde. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn sogar wegen schweren Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis beantragt und gegen die beiden angeklagten vier bezw. drei Monate Gefängnis.

### Breslauer Schwurgericht

Am 14. September beginnt unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Winkler eine Schwurgerichtssitzung, für die zunächst nur zwei Strafsachen wegen wissentlichen Meineides angelegt wurden. Zum Vertreter des Vorsitzenden wurde Landgerichtsdirektor Dr. Herrmann bestimmt. Als Geschworene wurden einberufen: Frau Käthe R. u. Oberpostamt Alfred v. d. R. u. d. Gewerkschaftsbeamter Oskar Heinze, Bierhändler Jakob Kurländer, Eisenbahndirektor Kurt Wegel, sämtlich Breslau und Diplom-Brauerei-Ingenieur Oskar Preuß aus Rant.

So ist das Werk zwar ein großer Wurf, aber kein ausgeglichenes Kunstwerk.

Die Aufführung unter Martin Wagners Regie hatte viele packende Momente aber auch manche leere Stellen. Das Spiel war bisweilen zu gedehnt. Besonders im 1. Bild schloß zeitweise das wirbelnde Durcheinander in dem Tanzsal, das dargestellt wird, wie in dem Filmatelier. Manche Störung mag allerdings darauf zurückzuführen sein, daß die technischen Einrichtungen des Theaters den überaus großen technischen Anforderungen, die das Stück stellt, nicht gewachsen sind.

Unter den neuen Darstellern begegnete uns manche interessante Persönlichkeit. Den stärksten Eindruck empfing ich von Fita Benkhoff, die die Toni spielte. Sie war natürlich und frisch und von einer sentimentalen Wärme des Gefühls. Dabei war das Bild des prächtigen Mädels mit einer hübschen kleiner feiner beobachteter Einzelzüge ausgestattet. Der Samuel Morris Walter Bäuerle zeigte eine Reihe von Qualitäten: ausgezeichnete Sprechtechnik (nur manchmal etwas zu leise) und auch in den Momenten, in denen ihn die erotische Erregung überwältigt, eine zitternde Gespanntheit. Aber das übermächtig Zwingende, die Härte und Kälte des rücksichtslosen, zielbewussten Machthabers kam nicht heraus. Das Glück, das um einen solchen Menschen sein muß, war nicht spürbar. Gute Charakterstudien schufen Hans Schöbinger als Freddy Kraus und Benno Carló als Rinz Orloff. Ria Rose war ein eleganter, geschmeidig schöner Filmstar und charakterisierte auch gut. Den Filmdichter Ullie, in dem Unruh sich wohl zum Teil selbst porträtiert und persifliert hat, spielte Hans Frank mit starker Kraft des Gefühls. Er arbeitete gut den tumulen Neurastheniker heraus, in dem doch eine echte Sehnsucht nach einer besseren Welt und ein echter Ekel vor all der Kulturlosigkeit um ihn herum lebt. Gute Typen defakierter Adeliger zeichneten Louis Oswald, Harry Förster und Hans Reich. Alfred Scherzer spielte den Oberregisseur einfach und vermischt mit seinem künstlerischem Instinkt, zu stark zu karikieren.

Ria Rose und Fita Benkhoff zeichneten sich noch durch ihren überlegenen Vortrag der Chansons von Felix Holländer, die dem Publikum besonders gefielen, aus. Das Publikum war lebhaft interessiert. A. K.



# Unwetter im Regierungsbezirk Liegnitz

Am Nacht zum Sonnabend ging über weite Teile insbesondere des Regierungsbezirks Liegnitz, ein Unwetter mit wolkenbruchartigem Regen nieder, das schweren Schaden anrichtete.

## Spielzeitbeginn beim Landestheater

In der Provinzhauptstadt, so hat auch in Bunzlau, des Schlesiens Landestheaters, bereits die Spielzeit, und so die für den Schauspieler schwere gagenlose Zeit, abgeklirrt. Das Schlesische Landestheater aber nicht nur etwa Hüterin der sorgsam gepflegten Theater- des hübschen Städtchens am Bober, sondern der in Umfang tätige Träger der Theaterkultur vieler kleinerer Liebeschlesiens, für die ein ständiges Theater nicht in Frage.

Es wandert bekanntlich in der Spielzeit mit seinem Personal und seinem ganzen Szenarium von Ort zu Ort. Von Crossen a. O., dem märkischen Heimatsort des Klambund, bis Neuzode, von Neugiersdorf in den bis Groß-Martenberg, dicht an der polnisch-schlesischen Grenze; neuerdings vielleicht sogar bis Oppeln. kommt dem Wirken des Schlesiens Landestheaters, seiner reichen Ausgestaltung und Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für das sonst sterile kulturelle Leben vieler Städte unserer Provinz zu. Wie wir bereits vor Monaten, bestand die große Gefahr, daß infolge rigoroser Ab- an dem Etat der „Preussischen Landesbühne“, durch die die Bühnen mit finanziell unterstützt werden, die Fortführung schlesischen Landestheaters in Frage gestellt war. Die Ge- nun, wenn auch unter großen Opfern des Volksbühnen- des, behoben; der Spielbetrieb vorläufig gesichert und da- nicht nur wertvolles Kulturgut für unser flaches Land er- sondern auch die Existenz vieler schauspielerischer Kräfte streitbaren Gagen gesichert.

## Familienstreit bei den Nazis

Am Donnerstag kam es vor der hiesigen Geschäftsstelle der Partei in Landeshut zu einem großen Aufruhr, denn der Walter machte verzweifelte Versuche — seine Frau aus Nazi-Geschäftsstelle herauszubekommen, die sich dort, Liebes- mit SA-Leuten unterhielt. Frau Walter flüchtete schließlich diesem Streite in Hemd und Mantel auf die Polizeiwache. folgenden Tage kam es nochmals zu einem Aufruhr, weil er seine Frau wiederum in der Nazi-Geschäftsstelle mußte er sich von ihren Beziehungen mit den SA-Leuten über- wollte. Schließlich schrieb der Nazi-Bezirksredner Her- auf aus dem Fenster um Hilfe nach der sonst so verhassten eingewanderten, die auch erlitten und eingriff.

aus. Die Wege wurden zertrümmert, von den Feldern große Boden- massen weggeschwemmt. Das Getreide, das noch auf dem Felde, ist, gilt als verloren.

Im Hirschberger Tal wurden durch wolkenbruchartige Regen- fälle verschiedentlich erhebliche Schäden angerichtet. In Deutsch- Ofka bei Görlitz schlug der Blitz in die Scheune des Gutes von Göthlings Erben und zündete. Die Scheune brannte mit etwa 700 Zentner ungedroschenem Roggen 500 Zentnern Heu und einigen Wagen, und landwirtschaftlichen Maschinen, sowie Kuh- holz völlig ab. In Zehreritz in der Niederlausitz wurde die Lehrersfrau Müller vom Blitz getroffen und erschlagen.

Im Verlauf der „kameradschaftlichen Auseinandersetzungen“ entschlüpfte dem Pg. Walter das Geständnis, daß Pg. Hertrampf zu Pfingsten die zu Ehren des Reichsbannertrajens errichtete Ehrenpforte der Stadt am Bahnhof abgefäht habe. Durch diese Behauptung Walters wird Pg. Hertrampf eines Meineids be- sichtigt, denn in einem Prozeß gegen den Parteifreier Genossen Schiller hatte Hertrampf unter Eid abgestritten, an der Abjagung der Ehrenpforte beteiligt zu sein und behaupteten keinen der Be- teiligten zu kennen.

## Die am Leben verzweifeln

Am Sonnabend warf sich auf der Strecke Hirschberg—Bad Warmbrunn ein 18-jähriger Schlossergeselle aus Hirschdorf vor den aus Schreiberhau kommenden Zug. Der Lokomotivführer sah den Selbstmörder und brachte den Zug zum Stehen. Es war jedoch bereits zu spät, so daß man nur noch die schrecklich ver- stümmelte Leiche des unglücklichen jungen Mannes bergen konnte. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist noch unbekannt.

In den Parkanlagen an der Stadthalle von Görlitz wurde ein Mann beobachtet, der plötzlich ein kleines Glaschen aus der Tasche zog und es austrank. Unmittelbar darauf brach er be- sinnungslos zusammen. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo er schwer daniederliegt.

Die seit einigen Tagen vermisste Landwirtsfrau Fischer aus Weltersdorf fand man tot in dem zum Rittergut Kessel- Schosdorf bei Lanbau gehörigen Teich auf.

## Er hat genug von der KPD.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Ortsgruppe Peterswaldau und Gemeindefürsorge Heinrich Heinze ist zur SPD übergetreten. Heinze gehörte seit dem 12. August 1920 ununterbrochen der KPD an und hatte dauernd wichtige Partei- funktionen inne. Die zerstörende Gewerkschaftsarbeit der KPD, und zuletzt die Beteiligung der KPD am schlesischen Volks- entscheidung hat ihn dazu bewogen, der KPD den Rücken zu kehren und zur Sozialdemokratie überzutreten.

## Vor den Augen ihrer Kinder erschossen

### Blutige Eifersuchtstragödie in Oppeln

In der sogenannten Kräuterei Nr. 26 in der Oppelner Oberstadt spielte sich am Sonnabend eine furchtbare Eifer- suchtstragödie ab. Der ehemalige Schupolizeoberwachmeister und jetzige Kraftdrohnenbesitzer Ludwig Schiemski schlug die Kammerlenderin der Witwe Luise Morawiec, mit der er früher ein Liebesverhältnis unterhielt, ein und ließ in ihre Wohnung. Nach kurzem Wortwechsel zog er eine Pistole und tötete sie vor den Augen der beiden Kinder durch zwei Schüsse. Hierauf brachte er sich selbst einen Schuß in die Schläfe bei, der jedoch nicht tödlich wirkte. Schiemski ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

## Einbrecher mit Handschellen

### Berwegener Ueberfall in Königshütte

Am Freitag ereignete sich in Königshütte ein nicht alltäglicher Vorfall. Gegen 14 Uhr, also am helllichten Tage, sahen vier junge Männer in einer Autotaxe vor das Haus des früheren Haajeauschankes gegenüber dem Bahnhof und be- gaben sich in die Wohnung des Bankdirektors Krotki. Auf ihr Läuten erschien die Wirtshausleiterin; einer der Männer stürzte sich auf sie, legte ihr einen Knebel in den Mund, fesselte die Hände mit Schellen und drängte sie mit vorgehaltenem Revolver in ihr Zimmer zurück. Daraufhin begaben sich die Räuber in die anderen Zimmer und fanden Herrn Krotki auf einem Sofa liegend, vor. Auch ihm wurden mit vorgehaltenem Revolver die Wehrlosigkeiten mit einem Revolver in Schach hielt, durchsuchten die anderen die Wohnung. Der Wirtshausleiterin wurden 190 Mark, Herrn K. 75 Reichsmark abgenommen. Nachdem sich zwei von ihnen noch an einem Likör gutlich getan hatten, und sie Herr K. bat, ihm doch wenigstens den Schlüssel zurückzulassen, gaben sie dem Wunsch nach und steckten den Schlüssel letzterem in die Westentasche. Bei dieser Gelegenheit entwendete einer der Männer noch schnell A. die goldene Taschenuhr. Nach getaner „Arbeit“ entfernten sich die Banditen aus der Wohnung, schlugen die Entreetür zu, bestiegen die auf der Straße wartende Taxe und fuhren in unbekannter Richtung davon.

Nach zwei Stunden gelang es K., sich einigermaßen frei zu machen und durch Klopfen an die Tür Nachbarnleute herbei- zurufen.

Dittersbach. Mietsentung — ein sozialdemo- kralischer Erfolg. Dem Gemeinde- und Amtsdorfsleiter Genossen Köhler ist es gelungen, die von ihm im Einvernehmen mit den maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen eingeleitete Aktion um die Mietsentung der in Dittersbach vorhandenen reichs- eigenen Wohnungen erfolgreich durchzuführen. Der Reichs-

finanzminister hat durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes in Breslau mitteilen lassen, daß für die reichseigenen Wohnungen im Waldenburger Industriegebiet eine Mietsentung vorgenommen werden kann, die bis zu 4 Mark monatlich beträgt. Die Fest- legung im einzelnen ist den Gemeinden überlassen worden.

Böben. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Hinter dem Friedhof Scheute während des Kleemähdens ein Gelpann des Guts- besizers Tzibel, als Autos vorüberkamen. Der Kutscher wurde von der Maschine heruntergeworfen. Hierauf wollte der 60-jährige Arbeiter Menzel die Pferde anhalten, wurde aber umgerissen und unter der Maschine mitgeschleift. Er wurde so schwer verletzt, daß er bereits bei seiner Einlieferung ins Krankenh- aus starb.

Carolath. Der nasse Tod. Hier ertrank beim Baden die aus Dresden zu Besuch weilende 20-jährige Efriede Clemmens. Das junge Mädchen war zusammen mit anderen jungen Leuten in die Ober haben gegangen und, obwohl sie nicht schwimmen konnte, in die offene Ober „geschwommen“. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Hindenburg. Gasexplosion in der Glasfabrik. In der Eisnerischen Glasfabrik hatte sich nach dem Ausgehen einer Gasdüse ziemlich viel Gas angesammelt. Als ein Meister der Gasbahn prüfte, zündete ein Arbeiter das im Ofen angefallene Gas an. Es erfolgte eine Explosion, durch die die Vorderwand des Ofens zerstört wurde. Zwei Arbeiter wurden leicht, der Meister schwerer verletzt.

## Aus der Umgebung

### Achtung, Wohlfahrtserwerbslose!

Es werden neuerdings wieder Klagen darüber geführt, daß die Wohlfahrtunterstützungsempfänger ebenfalls wie die Er- werbslosenunterstützungsempfänger dreimal in der Woche stempeln müssen. Wir weisen hiermit noch einmal darauf hin, daß die Wohlfahrtunterstützungsempfänger nach den bestehenden Bestimmungen nur einmal in der Woche zum Stempeln ver- pflichtet sind, sei denn, daß besondere lokale Anordnungen er- gehen. Im Kreise Breslau und Neumarkt ist das aber bisher nirgends der Fall. Unterbezirkssekretariat.

Strachwitz. Nervenschod durch Blitzschlag. Der auf dem hiesigen Dominium beschäftigte Schmiedegeselle Rathe erlitt bei dem am Freitag abend niedergegangenen Gewitter in- folge eines Blitzschlages einen Nervenschod. Mit dem Wuto eines zufällig vorbeikommenden Arztes wurde er in ein Breslauer Krankenhaus geschafft.

Domschau. Geflügel Diebstahl. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend wurden in dem Gemeindefaule (Neubau) verschiedene Ställe erbrochen. Vier Gänse und vier Kaninchen liegen die Diebe mitgehen.

Borne. Motorradunfall. Infolge schattiger Bäume überlief am Sonnabend abend gegen 19 Uhr auf der Berliner Landstraße ein Motorradfahrer die Deichsel des Vordergeräts eines Motorflugführers, der gerade die Straße überquerte. Er fuhr direkt in die Deichsel und zog sich schwere Kopfverletzungen zu, auch das Motorrad wurde stark beschädigt.

Brodau. Der Spiel- und Sporttag der S.A. Brodau und Breslau in Brodau fiel dem Regenwetter zum Opfer und wird an einem noch bekanntzugebenden Datum statt- finden. — Die Nazis aus der Umgegend hatten sich wie immer im Brodauer „Braunen Hause“ eingefunden, um das Fest der Arbeiterjugend „interessanter“ gestalten zu helfen, mußten aber mit langen Gesichtern wieder abziehen.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174  
Telephon 59060, 59061  
Sprechstunden: Dienstag Mittwoch Freitag von 9—12 u. 16—19 Uhr  
Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost. Am Dienstag, den 8. Sep- tember, 20 Uhr, findet in Meleschitz (bei Laugwitz) eine Mitgliederversammlung statt. Redner: Genosse Dr. Korn. Was die Arbeiterkraft von ihrer Gesundheit wissen muß. (Fortsetzung.) Umliegende Ortsgruppen und interessierte Gaste, vor allem Frauen, sind willkommen.  
Schmolz. Dienstag, den 8. September, 20 Uhr. Mit- glieder-Versammlung. Redner: Genosse Schiffer, Lokal-Kabik.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land-Neumarkt.  
Bannere Grob-Möbeler und Opperau. Die für Montag, den 7. September, angelegte Verammlung in Opperau muß ausfallen und findet dafür bestimmt am Montag, den 14. September, 19.30 Uhr, in Opperau bei Kiewitzki statt.  
Abteilung Nord-Ost  
Ortsgruppe Meleschitz. Dienstag, den 8. September, 20 Uhr, in Melesch- witz, bei Laugwitz, Mitgliederversammlung. Referent: Kamerad Dr. Korn. Bringt Frauen mit.

## Straßensperrungen im Verbreitungsgebiet

mitgeteilt von der Provinzialverwaltung Niederschlesien. Ohne Gewähr. Sperren, deren Enddaten fest gedruckt sind, werden am darauffolgenden Tage frei. Die vorangestellten Alter sind die Generalstabskartennummern, die eingeklammerter die Ordnungsnummern der Meldestellen für Straßen- sperrungen, Breslau & Landeshut.  
422. S.D.Str. Breslau—Liegnitz—Dresden. Die Breslauer Straße zwischen Gr. Bedern u. d. Friedhof v. 26. 5. — 19. 9. für den gesamten Verkehr gesperrt. Umweg von der Reichs- bzw. Gutenbergstraße in Liegnitz über Roßwitz—Polenitz—Spittel- dorf nach Parichwitz und umgekehrt (ganzeitige Sperrung zunächst bis 5. 9.). Mehrl. 7,5 km (81).  
423. Die Brücke über den Reifsbach in Roitz im Zuge der Straße Roitz—Malsch wird dauernd für Lasten über 5,5 t gesperrt. Umweg ab Roitz über Rausse nach Malsch. Mehrlänge 5 km (85).  
424. S.D.Str. Breslau—Obernig. Die Weidestrüde bei Weidenberg kann h. a. w. nur mit Fahrzeugen bis 4 t Gesamt- gewicht befahren werden. (392/30)  
Breslau—Magistrat (L. 2): S.D. Trachenberger Straße v. 24. 8. — 19. 9. für den Fahrzeugverkehr halbseitig gesperrt. (212)

Hausfrauen, Kinder!

**Lanella**  
GARANTIE-MARGARINE

**Glückstüten**

Preisausschreiben  
50.000  
und  
40.000  
Sachpreise  
GRATIS! Holen Sie die  
Glückstüten bei Ihrem Kaufmann

## Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main

### Der Abschluß der Tagung

Ueber Anträge zu den Bundesstatuten sowie sonstige Anträge berichtete Reichel für die Antragskommission. Die meisten Anträge gelten als erledigt oder zurückgefallen oder sie werden dem Bundesvorstand als Material zur Berücksichtigung überwiesen. Darunter befindet sich auch ein Antrag des Hauptvorstandes der Metallarbeiter, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage „Frauenarbeit und Gewerkschaften“ zu setzen. Ein Antrag der Berliner Metallarbeiter, allen Zeitungen des ADGB zu verbieten, Inserate privatkapitalistischer Versicherungsgesellschaften aufzunehmen, wurde als erledigt erklärt, weil sich das von selbst versteht. Ebenso ging ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Stuttgart, wonach der Kongress die Arbeiterschaft auffordern soll, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen und nur dort ihren Bedarf zu decken. In einer besonderen Entschließung lehnt der Kongress alle Bestrebungen ab, die auf die Herausnahme der Heimarbeiterschaft aus der Arbeitslosenversicherung gerichtet sind. Er fordert die Einbeziehung der Heimarbeiterschaft in die Arbeitslosenversicherung und verlangt die Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechtsanspruches auf Unterstützung der erwerbslosen Jugendlichen und verheirateten weiblichen Arbeitnehmer.

Damit war die Arbeit des Kongresses abgeschlossen. Für die ausländischen Gäste dankte Weitzer (Schweiz). Er wies darauf hin, daß auch die Arbeiterschaft des Auslandes dem Kongress mit großen Erwartungen entgegengehe. Diese Erwartungen seien weit übertriften worden. Der Kongress habe eine weit über Deutschland hinausgehende Bedeutung. Nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für die gesamte internationale Arbeiterschaft ein bedeutendes moralisches Plus dar. Der ADGB stehe trotz Krise und Reaktion unerschütterlich da. Ihm gebühre der Dank aller Arbeiter.

Wilm Brandes, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, der die Freitagssitzung leitete, schloß den Kongress mit einem erfrischenden, anfeuernden Ausruf an die Arbeiter unter der Führung der Gewerkschaften, mit fühler Ueberlegenheit und heißen Herzen den Kampf gegen den Kapitalismus mit neuer Kraft aufzunehmen.

Der Kongress — so erklärte Brandes — hat mit leiblicher Einmütigkeit seine Beschlüsse gefaßt. Wir dürfen stolz sein auf die Arbeit. Herzlichen Dank allen denen, die diese Arbeit ermöglichten. Nachdem er der Presse, soweit sie objektiv über die Verhandlungen des Kongresses berichtet, gedankt hat, nimmt Brandes mit einem Wort auch Stellung zu den häßlichen Bemerkungen, die sich die D.V.Z. zu Beginn der Verhandlungen geleistet hat. Das Blatt der Schwerindustrie fragte, warum die Solidarität der Arbeiter nicht den Versailler Vertrag verhindert habe. Die organisierte Arbeiterschaft, so betonte Brandes gegenüber dieser Giftmischerei, hat an diesem Vertrag wahrhaftig keine Schuld.

Die Schuldigen sind die Leute, die zum Kriege hetzten und während des Krieges Friedensverträge wie den von Brecht-Sitowsk fabrizierten und bejubelten und so die Formeln für den Versailler Vertrag lieierten.

Diese Herrschaften haben kein Recht zur Beschwerde. Wir haben ein Recht gegen den Versailler Vertrag zu protestieren und zu kämpfen. Im übrigen war der Wiener Kongress der Arbeiterinternationale eine einzige Solidaritätsbezeugung für die deutschen Arbeiter. In Wien haben die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Internationale betont, daß die Kriegsschuldenerverpflichtungen und die Reparationen beseitigt werden müssen. Bei der Erhebung dieser Forderung kam ihnen die Tatsache zu Hilfe, daß die Krise, die heute in allen Ländern wütet, kaum einen Unterschied macht zwischen Siegern und Besiegten.

Wir haben hier auf dem Kongress Anklage erhoben gegen die kapitalistische Wirtschaftsführung. Die Schuldigen wollen die Volksmassen verwirren. Daher das Geschrei der kapitalistischen Presse über „marxistische Mißwirtschaft“. Der Kongress hat dieses betrügerische Spiel zerissen und die Schuld der kapitalistischen Wirtschaftsführer schonungslos aufgedeckt, desgleichen die Schuld der Regierung, die es nicht magt, ernsthaft gegen die kapitalistische Mißwirtschaft vorzugehen. Nie war die Erntzeit des Arbeiters so unfruchtbar wie jetzt. Wir stehen vor einem Winter, der noch schlimmer zu werden droht als die Winter der letzten Jahre. Rückwärts wirt der Kapitalismus Menschen auf die Straße. Die Zeiten sind schwer und die Gewerkschaften können in diesen Zeiten keine Riesenerfolge buchen. Sie müssen sogar einige Positionen aufgeben, einige Schützengräben räumen. Sie haben aber trotzdem Leistungen aufzuweisen, die erst eine spätere Zeit gebührend würdigen wird. Den Arbeitern zu helfen, ist unsere Aufgabe. Daß wir bei dieser Hilfsleistung unermüdet an der Arbeit sind, hat der Geschäftsbericht Leipzigs in die Erinnerung gerufen. Die Attentate gegen die Erntzeit der Arbeiterschaft abzuwehren, werden wir nicht müde werden. Schon deshalb nicht, weil die Welt allmählich reif geworden ist für eine Umwandlung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Um in dieser Umwandlungsprozess erfolgreich eingreifen zu können, dringen die Gewerkschaften immer tiefer in alle Gebiete des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens im Kampf der Weiter ein. Der Verlauf dieser Konferenz ist ein deutlicher Beweis dafür.

Wir müssen unseren Kampf mit Kaltblütigkeit und Ueberlegenheit führen. Mit der Forderung, die Isolierung der Weimarer Regierung einzustellen, ist es noch nicht getan. Wir verstehen diese Forderung; denn der Ungerechtigkeiten von oben sind zu viele. Die Verhandlungen haben aber klar den Nachweis geliefert, daß die bisherige Politik der Gewerkschaften richtig war. Ein Sturz der Regierung wäre für uns sehr leicht, aber wir wollen nicht die Arbeiter in noch tieferes Elend hinführen. Wir erwarten jedoch von der Regierung, daß sie aus unserem Verantwortungsbewußtsein keine falschen Schlüsse zieht. Sie soll nicht denken, daß sie der Arbeiterschaft nun noch mehr Lasten aufbürden kann. Wir warnen dringend, wir warnen, die offensichtlichen Ungerechtigkeiten der Notmaßnahmen bestehen zu lassen.

In ihren schweren Kämpfen sind die Gewerkschaften noch fester mit der Partei, mit der Sozialdemokratie verbunden worden.

Wenn die Kommunisten glauben, daß sie uns deswegen am Zeug fassen können, so haben sie sich schwer geirrt. Ihr Versuch, die Gewerkschaften zu erobern, ist scheiterngefallen, und ebenso ihr Versuch, die Gewerkschaften von außen her zu zersören. Sie werden sich am Blod der freien Gewerkschaften, wie ihnen Trotski schon prophezeite, den Schädel einrennen. Die Ausschließlichkeit, an die Gewerkschaften und an die Partei heranzutreten, hat sie bereits zum offenen Klassenverrat gebracht. So beim Volksentscheid in Preußen, wo sie mit den notorischen Feinden der Arbeiter gemeinsame Sache machten. Und wie die Nazis so kommen auch die Nazis nicht an uns heran. Ihr Versuch, in unsere Reihen einzubrechen, ist mißlungen und die proletarischsten Mittelklassen, aus denen sich ihr Anhang rekrutiert, werden schon noch behüter kommen, daß auch ihr Feind nicht der Marxismus, sondern der Kapitalismus ist. Der Herrschaft der Massen — er ist noch immer unser größter Feind. Ihn erst dieses Volk überlegen, wer will uns dann noch widerstehen. Nie waren diese Worte des Arbeiterdichters wahrer als heute.

Der Kongress war ein Hammer, mit dem neue Waffen geschmiedet wurden, damit unser Kampf gegen Lohnabbau für den Ausbau des Arbeitsrechts und Arbeiterschutzes, für Verkürzung der Arbeitszeit und für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, für die Erhaltung der Sozialversicherung und für die Befreiung der Gemeinden von den unerträglichen Belastungen mit Nachdruck fortgesetzt werden kann. Wie notwendig der Arbeiterschutz ist, zeigt das soeben gemeldete Unglück bei der AEG in Berlin, wo mehr als 20 Arbeiter schwer verletzt wurden. Das Arbeitsvolumen muß auf alle Arbeiter verteilt werden, denn jeder hat ein Recht zum Leben. Gegenüber Versuchen, dem Arbeiter das Dach über dem Kopf wegzunehmen, wird es nur heißen: Hand weg vom Mieterschutz!

Der Kongress ist ein Hammer gewesen. Sein Donnern soll die Arbeiter aufwecken. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

## Vor Eisenbahnerentlassungen in Ostoberschlesien

Das polnische Verkehrsministerium hat den Winterfahrplan der Eisenbahnen bereits nach den Grundzügen der jetzt für alle Ministerien verbindlichen Ersparnisse zusammengestellt. Eine größere Zahl von Zügen, die bisher verkehrt haben, ist gestrichen worden. Ferner sind Entlassungen von An-

## Du bist Gewerkschafter Bist du auch Genossenschaftler?

gestellten und Arbeitern der Eisenbahndirektionen in Aussicht genommen. In der Wojewodschaft Schlesien sollen, wie mit Bestimmtheit verlautet, nicht weniger als 2000 Eisenbahner entlassen werden. Obgleich eine amtliche Bestätigung noch nicht vorliegt, so hat sich doch jetzt schon in den Kreisen der Eisenbahner eine große Erregung bemerklich gemacht.

### Die niederschlesischen Konsumvereine

geben den Wochenumsatz je Mitglied für das erste Halbjahr 1931 mit 5,42 Mark an, während der Reichsdurchschnitt 7,31 Mark ausmacht. Es handelt sich hier um eine Differenz, die ohne Zweifel darauf schließen läßt, daß Schlesien ganz besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen worden ist.

Der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Straßenbahnen hat das bestehende Lohnabkommen zum 30. September 1931 gekündigt. Etwa 44 Bahnen in Rheinland und Westfalen werden von dieser Maßnahme betroffen.

## Der Deutsche Städtetag gegen Aufhebung der Hauszinssteuer Eine Eingabe an die Reichsregierung

Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der deutschen Städte, führt schwere Bedenken gegen den Plan der Hausbesitzerorganisationen ins Feld, die Hauszinssteuer zu beseitigen und dem Hausbesitz ein Milliardenvermögen zu machen. Es liege, so bemerkt der Deutsche Städtetag in einer Eingabe an die Reichsregierung, kein Anlaß vor, auf das Trängen des Hausbesitzes auf eine überstürzte Aenderung der Hauszinssteuererhebung einzugehen. Ueber das Aufkommen der Steuer im laufenden Rechnungsjahr sei sowohl hinsichtlich des Wohnungsbauwesens wie des Finanzanteils so gut wie restlos verfügt. Aenderungen könnten hier irrtümlich erst mit Wirkung ab 1. April 1932 in Kraft treten. Im übrigen bezieht die Eingabe des Deutschen Städtetages an die Reichsregierung folgendes:

Der Vorschlag des organisierten Haus- und Grundbesitzes (Antrag Humar) sieht die Umwandlung der Hauszinssteuer in eine auf die Hausgrundstücke gelegte öffentliche Rente vor. Die Rente soll 5 Prozent des dreifachen Betrages der bisher verlangten Hauszinssteuer betragen, bei etwa 2 Milliarden Mark veranschlagter Hauszinssteuer also 5 Prozent von 6 Milliarden Mark oder 300 Millionen Mark jährlich. Die Rente soll abschlagbar sein, und zwar durch einmalige Zahlung des zehnfachen Grundbetrages. Damit greift dieser Vorschlag den Gedanken der Umwandlung der Hauszinssteuer in eine abschlagbare öffentliche Rente auf, den der Städtetag bereits im Jahre 1926 gemacht und eingehend begründet hat. Der Vorschlag des Hausbesitzes, ist aber entgegen unserer damaligen Vorschläge eine Form gefunden, die ihn für die Steuergläubiger finanziell untragbar macht. Für Länder und Gemeinden würde der Vorschlag 1932 zunächst einen Steuerausfall von 500 Millionen Mark bringen. Gegenwärtig fließen etwa 900 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer allgemeinen Finanzzwecken zu, davon etwas mehr als 300 Millionen Mark den Gemeinden. Mit dem Fortfall dieser 800 Millionen Mark würde aber das Maß der Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinden noch nicht erschöpft sein: Um fast 400 Millionen Mark ist gegenwärtig die Hauszinssteuer durch die im Gesetz vorgesehenen sozialen Erleichterungen und Befreiungen zugunsten leistungsschwacher Mieter gesenkt. Diese Erleichterungen und Befreiungen müssen, wie übrigens auch der Vorschlag des Hausbesitzes anerkennt, wenn der vorgesehene Weg beschritten wird, fortfallen. Dem Hausbesitz würde also die Entlastung, die ihm die Umwandlung seiner bisherigen Hauszinssteuerlast in eine nur 15 Prozent dieser Last betragende Rente verschafft, noch ein weiterer Vorteil erwachsen, indem sein Mietanspruch sich um die erwähnten etwa 400 Millionen Mark erhöhen würde. Ein großer Teil dieser Mietsumme würde infolge der Leistungsunfähigkeit der Mieter nicht eingehen. Hier würden in weitestem Umfange die Gemeinden im Wege der Wohlfahrtspflege durch Mietzuschüsse helfen müssen, um die Ermittlung zahlreicher Mieterfamilien zu verhindern. Die Wohlfahrtslast der Gemeinden würde sich daher schätzungsweise um etwa 300 Millionen Mark erhöhen. Das ganze Aufkommen in der Rentenhöhe von 300 Millionen Mark würde voraussichtlich allein durch die Steigerung der Zinslasten bei den Gemeinden aufgebracht werden, so daß im Haushalt der Länder und Gemeinden ein Ausfall von über einer Milliarde Mark entstände.

Es besteht keine Möglichkeit, diesen sich im Haushalt der Länder und Gemeinden ergebenden Fehlbetrag zu decken, wobei von dem völligen Ausfall des für den Wohnungsbau zurzeit noch zweckgebundenen Teiles des Steuerertrages zunächst abge-

## Nolleidende Unternehmer

Daß auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen schwer zu kämpfen haben, ist auch unbestritten. Es ist auch verständlich, wenn sie versuchen, um Beträge zu sparen, die Arbeiterlöhne zu senken. Leider machen Umstände auch Unternehmer zunichte, bei denen die Not nicht zu Hause ist, und die auf Kosten ihrer Arbeitenden der Situation Gewinne schöpfen möchten.

Die Breslauer Kohkonjervenfabrik Sauertraut und saure Gurken produzieren, haben zu Anfang des Jahres die Löhne ihrer Beschäftigten um 8 Prozent gekürzt. Jetzt stellen sie erneut die Forderung weiterer Lohnkürzung von 10 Prozent. Die Löhne eines heimateten Arbeiters über 24 Jahre sollen demnach brutto 29 Mark, die der Arbeiter unter 24 Jahren betragen. Jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen sollen viel weniger erhalten. Trotz langwierigen Verhandlungen man dem Hinweis der Gewerkschaftsvertreter, daß doch zur Zeit bestehenden außerordentlich niedrigen Löhnen weitere Abzüge gemacht werden könnten, für gegenüber-

Es ist dabei einmal die Frage zu prüfen, ob hier ein abbau wirklich berechtigt ist. Ist denn der Gewinn Sauertraut und Gurken wirklich derart zurückgegangen, daß Wenigere der Arbeitnehmer braucht, um den Betrieb zu erhalten? Wir bezweifeln das. Was zahlen die Landwirten für Kraut und Gurken? Ist es nicht diese Kohprodukte der Landwirtschaft für Wenigere und daß nachher, wenn die Bevölkerung diese Produkte muß, oft lächerliche Preise dafür verlangt werden? Softet das Pfund Sauertraut 15 bis 20 Pf. Dabei ist zu daß gerade diese Produkte fast die einzigen Genüssen arbeitenden Volkes geworden sind. Während früher als Früchte oder dergleichen auf den Tisch kamen, ist jetzt das einzige Kompott der arbeitenden Bevölkerung. In Abzug fehlt es also nicht und an Gewinn schon lang-

Das Vorgehen der Unternehmer ist also nur so zu daß sie die Zeit dafür geeignet halten, sich an einigen ihrer Arbeiter zu bereichern. Wir haben die Hoffnung, Schlichtungsausschuß anderer Meinung sein wird.

## 5. Internationaler Krankenkassen-Kongress

Prag, 5. September. (Eig. Junks)

In Prag tagt der 5. Internationale Krankenkassen-Kongress. Es sind hier Vertreter aus 18 Staaten anwesend. Der wurde am Donnerstag von dem Vorsitzenden des Internationalen Ausschusses, dem Obmann des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Helmuth Lehmann aus Berlin, eröffnet, worauf ein Grußwort des tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Winter namens aller tschechoslowakischen Krankenkassenverbände und des Ministers für soziale Fürsorge, Dr. Cech, der Regierung folgten. Am Freitag begannen die eigentlichen Beratungen. In der Debatte wurden insbesondere die zur Besserung der finanziellen Notlage der Krankenkassen. Sämtliche Redner betonten ihren festen Entschluß, einen Abbau der Sozialversicherung mit allen Mitteln zu ver-

sehen werden soll. Es mag unter dem Gesichtspunkt des Kapitalbedarfs der öffentlichen Hand verführerisch erscheinen nach dem Projekt große Summen — der interessantesten rechnen mit Milliardenbeträgen — der öffentlichen Hand sehr bald zuzuführen sollen. Aber dieser Goldregen ist problematisch insofern, als in der Hauptsache nicht insondern Pfandbriefe eingehen würden, mit deren Hilfe die Rentenlast des Hausbesitzes mobilisiert werden soll. Es ist mehr als fraglich, ob und zu welchen Bedingungen der Markt ohne Störung so große Pfandbriefbeträge aufzunehmen der Lage sein würde. Vor allem wird der Reiz dieses unheimlichen Kapitalzuflusses aber dadurch getrübt, daß mit ihm zugleich Quellen einer regelmäßig und sicher fließenden Steuer ab würden, deren weiteres Fliessen in den kommenden Jahren bei optimistischer Einschätzung der künftigen Entwicklung Wirtschaft und Finanzen nicht wird entbehrt werden können.

Die vom Hausbesitz in Aussicht gestellten Vorteile für Länder und Gemeinden durch die mit der Beseitigung der Hauszinssteuer eintretende allgemeine Wirtschaftsbeförderung und die mit ihr Hand in Hand gehende Steigerung der Steuererträge stellen zum erheblichen Teil nage höflich dar, auf denen der öffentliche Haushalt nicht aufgebaut kann.

Letzten Endes würde die Ausführung der Vorschläge Hausbesitzes eine Steigerung der gemeindlichen Wohnzinslasten und damit eine neue schwere Belastung der arbeitenden Bevölkerung zugunsten einer einzelnen Wirtschaftsguppe bringen,

die unter dem Gesichtspunkt eines billigen sozialen Wohlfühlens nicht tragbar ist.

Was den Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer anlangt, so wird er im kommenden Jahr wesentliche Erleichterungen zugunsten des Finanzanteils erfahren müssen, so wenig dies vom Wohnungs- und wohnungspolitischen Standpunkt aus zu wünschen ist. In gewissem Umfange wird die öffentliche Hand bei der Wohnungsbeschaffung für die minderbemittelte Bevölkerung auch in Zukunft mitwirken müssen, weil sonst bei dem Kapitalzinsfuß schwerlich Wohnungen mit für die leistungsschwache Bevölkerung erschwinglichen Mieten geschaffen werden können. Das auch in der Vorkriegszeit ungelöste Problem der zweiten Hypothek wird sich ohne Einschaltung öffentlicher Mittel lösen lassen.

Deshalb müssen wenigstens die Grundlagen erhalten bleiben, auf denen ein sozialer Kleinwohnungsbau überhaupt gefördert werden kann.

Bei einer Umgestaltung der Hauszinssteuer darf dieser Gesichtspunkt, dem der Humarische Vorschlag überhaupt keine Rechnung trägt, nicht übersehen werden. Außerdem müssen in den nächsten Jahren die Beträge abgedeckt werden, die von den Gemeinden im Vortritt auf die Hauszinssteuer und auf langfristige Wohnungsbauanleihen ausgegeben und durch kurzfristige Schulden aufgebracht werden sind. Auch müssen Mittel für die Jahre hinaus zugelegte Zinszuschüsse der Gemeinden erhalten bleiben.

Wir hoffen, daß die ersten Vorstellungen des Deutschen Städtetages das Reichsministerium von seinen aburden Plänen der Hauszinssteuererhebung ein für allemal abtrotzen und die Durchführung dieser Pläne bedeutet völlige Zerstückelung der gemeindefinanziellen und schließlich auch der Staatsfinanzen.

# Todesurteil gegen einen Unschuldigen?

## Der Fall des Arbeiters Hoppen - Nach fünf Jahren Wiederauflösung eines Mordprozesses Das Geheimnis von Rahmsberg

Die Strafkammer in Neuwied (Rhein) ließ, wie gemeldet, in der Strafsache gegen den im Jahre 1926 zweimal zum Tode verurteilten Händler Jakob Hoppen aus Breitscheid die Wiederaufnahme des Verfahrens zu. Dem außergewöhnlichen Fall liegt der nachstehend geschilderte Tatbestand zugrunde.

### Das Verbrechen

Im August des Jahres 1919 wurden in einem Zwischenraum von etwa 14 Tagen auf dem Rahmsberg im Westerwald die Leichen der beiden Duisburger Händler Billandelle und Reber gefunden. Die beiden Ermordeten waren dafür bekannt gewesen, daß sie vom besetzten Gebiet um Neuwied herum nach Wiesbaden alle möglichen Waren geschmuggelt hatten. Sie hatten Wiesbaden am 13. Juni 1919 verlassen, waren in der Nähe von Wiesbaden im Westerwald am 15. Juni 1919 nachmittags zu Tode gekommen und wurden seitdem vermißt. Der eine der Ermordeten war erschossen, der andere durch mehrere Schüsse tödlich verletzt. An der Mordstelle wurde die Hüfte einer amerikanischen Patrone gefunden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen Angehörige der amerikanischen Besatzungstruppen. Ueberfälle und Verabungen von Schmugglern durch amerikanische Soldaten waren damals nicht gerade selten. Die amerikanischen Behörden waren den Angehörigen der Besatzung gegenüber ziemlich ohnmächtig. Dazu kam, daß die Division, die Neuwied und den Westerwald besetzt hatte, bald nach der Nordtat nach Amerika zurückgeschickt wurde. Die Ermittlungen der amerikanischen Behörde verliefen damals im Sande.

### Der Prozeß

Erst 7 Jahre nach der Tat, im Jahre 1926, wurde gegen Hoppen, von einem Mann, mit dem er verfeindet war, bei der Polizei in Koblenz wegen des doppelten Raubmordes im Juni 1919 Strafanzeige erstattet. Der Anzeigende besuchte, der inzwischen verstorbenen, unzurechnungsfähigen Vater Hoppens habe ihm gegenüber seinen Sohn als Täter bezeichnet. Hoppen bestritt von vornherein jede Schuld. Er berief sich vielfach auf die in der Nähe der Leiche gefundene amerikanische Patrone, die den Verdacht der Täterschaft auf amerikanische Soldaten lenkte. Indes gelang es ihm im Jahre 1926 erklärlicher Weise nicht mehr, einen Alibibeweis für einen bestimmten Termin im Jahre 1919 beizubringen.

Nun versiel der Untersuchungsrichter auf den Gedanken, in die Zelle des Hoppens im Untersuchungsgefängnis einen jungen Kriminalbeamten als scheinbaren Mitgefangenen, in Wirklichkeit aber als Spitzel zu legen. Nach längerer gemeinsamer Haft erklärte der Kriminalbeamte vor dem Untersuchungsrichter, Hoppen habe ihm gegenüber den Doppelmord am Rahmsberg eingestanden. Daraufhin wurde Anklage wegen zweifachen Mordes gegen Hoppen erhoben, obwohl Hoppen erklärte, daß er seine dem verkappten Kriminalbeamten gegenüber geäußerten Angaben über den Hergang des Verbrechens nur gemacht habe, um zu renominieren. Aber in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Neuwied wurde das „Geständnis“ für echt genommen. Nach längerer Verhandlung verurteilte man den Angeklagten zweimal zum Tode.

### Die Wendung

Das preussische Staatsministerium wandelte dies Todesurteil in lebenslängliche Zuchthausstrafe um. Hoppen und sein Verteidiger nahmen neue Ermittlungen an. Diese führten zu einem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, durch den die Indizien schwer erschüttert schienen. Die Strafkammer in Neuwied und das Oberlandesgericht in Frankfurt lehnten den Antrag jedoch ab.

Nun aber trat eine neue Wendung ein. Es meldete sich nämlich plötzlich eine Frau, deren ehemaliger später nach Amerika verzogener Bräutigam die Tat in Gemeinschaft mit mehreren amerikanischen Soldaten begangen haben soll. Die Tatsache, daß zwei Männer zur selben Zeit auf verschiedene Weise ums Leben gebracht wurden, scheint allerdings ein Indiz dafür zu sein, daß mehrere Personen am dem Verbrechen beteiligt waren. Dieses völlig neue und sensationelle Moment veranlagte den Verteidiger des Hoppen, Rechtsanwalt Heuß in Neuwied, zu einem neuen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Und diesem Antrag ist nunmehr - von demselben Gericht, das Hoppen zweimal zum Tode verurteilte und dessen ersten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ablehnte - stattgegeben worden.

Der Wiederaufnahmebeschluß ermöglicht die Vernehmung der neuen Zeugin. Von ihrer Aussage wird es abhängen, ob der Fall Hoppen abermals vor das Forum des Gerichts kommen wird. Hätte sich aber seinerzeit das preussische Staatsministerium nicht zur Begnadigung Hoppens verstanden, so wäre eine Nachprüfung des Todesurteils nicht möglich oder - sie käme zu spät.

## Die Rückfahrt des „Graf Zeppelin“

Zeppelin funkt, daß das Blüthenzer vom Kap Finisterre Sonnabend gegen 21 Uhr (MEZ) voraus gesichtet wurde. Auf Grund eines Berichtes der Seewarte Hamburg änderte das Luftschiff seinen ursprünglichen Kurs auf die afrikanische Küste und nahm Kurs auf die Kap Verdischen Inseln, um mit günstigen Südwinden die Vorderseite des Azorenteils zu erreichen, das bereits in vorher Fahrt überholt wurde. Einige Dampfer gaben, vor allem der Dampfer „Cap Arcona“, der von der Seewarte entsprechend ausgerüstet worden war, uns wertvolle Wetter- und Höhenwindmeldungen. Ein Funkpruch, der beim Luftschiffbau Friedrichshafen, um 21,45 Uhr einging, besagt, daß das Luftschiff Kurs auf La Rochelle nimmt. Die Landung in Friedrichshafen dürfte voraussichtlich Montag mittag erfolgen.

## Die Bauern und der Blitz

Beide zünden an

In Schleswig-Holstein, im Hannoverschen und in Mecklenburg haben sich in der Nacht zum Sonnabend während der starken nächtlichen Gewitter eine große Zahl von Bränden durch Blitzschlag ereignet. Gleichzeitig wurden die Brandstiftungen, die seit Wochen die Landbevölkerung beunruhigen und bereits zu Selbsthilfemaßnahmen geführt haben, fortgesetzt. Bei Dömitz fiel das Wohnhaus eines Tischlers einer Brandstiftung zum Opfer. Bei einem Brande in Boizenburg wurde der Sohn der Hausherrin in Haft genommen. Bei zwei weiteren Bränden scheint gleichfalls Brandstiftung vorzuliegen. Durch Blitzschlag wurden bei St. Peter verschiedene Gebäude zerstört. Auch in Nordschleswig brannten zwei Anwesen völlig nieder.

## Meisterfahrer Tod

Er fährt überall mit

Auf dem Sachsenring im Grödenburger Walde wurden am Sonntag während des Kampfes um die deutsche Motordachleub-Meisterschaft bei dem Seitenwagenrennen zwei Meisterfahrer aus den Wagen herausgeschleudert. Der Beifahrer Pussett zog sich einen schweren Schädelbruch zu und verschied nach wenigen Augenblicken. Auf die gleiche tragische Weise kam der Bruder des D.R.M.-Fahrers, Beckert, ums Leben. Beckert fuhr in dem Beiwagen seines Bruders, der das Unglück bei dem rasenden Tempo erst bemerkte, als es bereits zu spät war.

Zu dem Rennen der schweren Seitenwagenmaschinen führte der Düsseldorf Fahrer Körtgen so schwer, daß er mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

## Schweres Unglück beim Autorennen

Vier Personen - tot

Auf der Monza-Bahn bei Mailand, wo vor zwei Jahren durch den Todessturz eines Rennfahrers insgesamt 31 Zuschauer getötet wurden, ereignete sich am Sonntag wieder ein schwerer Unglücksfall. Vier Personen wurden getötet, 15 verletzt.

Das Rennen ging um den Großen Preis von Monza und war eines der bedeutendsten italienischen Autorennen, das Italien bisher erlebt hat. Der Kampf war in vollem Gange, als der Alfa-Romeo-Fahrer, Etanelli-Franzosen, kurz hinter einer Kurve die Gewalt über seinen Wagen verlor, gegen das Drahtgitter raste, umschlug und in die Zuschauermenge stürzte. Während vier Personen auf der Stelle getötet wurden, kam der Rennfahrer mit geringfügigen Beinverletzungen davon.

Im weiteren Verlauf des Rennens fuhr der Fahrer Piccola ebenfalls auf Alfa-Romeo gegen einen Baum. Er erlitt schwere Verletzungen im Gesicht.

## Die deutsche Treue

zeigt jeder Tag aufs neue

Der Leiter der Volkerei-Genossenschaft Hopfen, Berder und seine Frau haben Unterschlagungen begangen, deren Höhe, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, 27 000 Mark beträgt. Das Ehepaar Berder wurde in Haft genommen.

## Wieder mal Klante

In Berlin ist der bekannte Wettejongen-Schwindler Max Klante erneut verhaftet worden. Klante hatte einen „Verein der Sportfreunde“ gegründet und offenbar von neuem versuchen wollen, sich auf Grund schwindelhafter Manöver am Geld der Wette zu bereichern. Die Untersuchung der Polizei ist noch nicht abgeschlossen.

## Wieder einer

Der Proturist einer angesehenen Kölner Großfirma hat nach vorläufigen Feststellungen rund 100 000 Mark unterschlagen. Unter dem erdrückenden Beweismaterial hat er seine Schuld eingestanden.

## Ein moderner Turm von Babel

In der Avenue des Champs Elyées, jener Prachtstraße im westlichen Paris, die den Concorde-Platz mit dem Triumphbogen verbindet, hat eine Newyorker Großbank einen riesigen modernen Palast für ihre Pariser Filiale erbauen lassen, den man als einen neuen Turm von Babel bezeichnen kann, denn an seiner Errichtung haben durch Stellung von Arbeitskräften und durch Lieferung der Baumaterialien zahlreiche Völker der alten und neuen Welt mitgewirkt. Der erste Architekt ist Amerikaner, der Chefingenieur Brasilianer. Die Ziegelsteine, der Sandstein und der Marmor stammen aus Frankreich. Die Bauarbeiter sind Franzosen, die Spezialisten, nämlich die Gips-, Zement- und Malfarbeiter, dagegen Italiener. Das Stahlgerippe der Bank ist aus den Vereinigten Staaten importiert und wird von Franzosen montiert. Die elektrischen Apparate sind amerikanischer und schweizerischer Herkunft. Die Ventilationsapparate sind in Deutschland hergestellt, die Trocknungsapparate in der Schweiz. Die meisten Wölfer haben an der Kaiser-Inflation zusammengearbeitet; die Anlage ist amerikanischer Konstruktion, aber in Deutschland hergestellt und wird von Franzosen montiert, die unter Aufsicht schweizerischer Spezialisten arbeiten. Die Telefon- und Klingelanlage, die Fahrstühle und die Geldschänke stammen aus Amerika und werden auch von Amerikanern eingebaut. Die Teppiche sind natürlich aus dem Orient eingeführt. Die Holzmöbel sind in Frankreich gekauft, die Stahlmöbel dagegen in Deutschland. Das Linoleum schließlich ist englischer Herkunft.

## Geständnis Karl Streckers

Der Schriftsteller Karl Streckers hat unter der Wucht des von der Kriminalpolizei zusammengetragenen Belastungsmaterials vor dem Potsdamer Untersuchungsrichter das Geständnis abgelegt, seine Villa in Klein-Machnow bei Berlin vorzüglich in Brand gesetzt zu haben. Streckers wollte sich durch die Wochen vorbereitete Tat in den Besitz der Versicherungssumme von 50 000 Mark setzen. Er erklärte: „Ich befand mich in einer furchtbaren Lage und hatte den Plan gefaßt, gemeinsam mit meiner Frau freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Endlich kam ich auf den Gedanken, daß es besser sei, die Versicherungsgesellschaft zu schädigen, die es nicht allzu schwer empfinden würde, als zwei Menschenleben den unglücklichen Verhältnissen zu fern.“ Streckers, der die Tat allein ausgeführt haben will, ist außerordentlich kühler Ueberlegung vorgegangen. Er war in der Nacht vor dem Brande in Weimar und ließ sich noch zu später Stunde von einem Kellner einen Grog aus dem Zimmer bringen. Er machte bei dieser Gelegenheit den Kellner darauf aufmerksam, daß er die späte Bestellung genau im Gedächtnis behalten solle; seine Erinnerung daran könne noch einmal sehr nützlich sein. Kaum hatte der Kellner das Zimmer verlassen, schlich sich Streckers zum Bahnhof, fuhr kurz nach drei Uhr mit dem Schnellzug nach Berlin, war bereits schon gegen 8 Uhr morgens in Klein-Machnow und steckte sofort seine bereits entzündend präparierte Villa in Brand. Um 8,50 Uhr morgens fuhr Streckers nach Weimar zurück, wo er gegen mittag ankam; im Hotel verlangte er sofort wieder den Kellner zu sprechen, der ihm den Grog gebracht hatte.

## Revolver muß sein

Ein Stahlhelmer schießt den anderen tot

Wie von der Dortmunder Polizei mitgeteilt wird, haben zwei Vorfälle in der Schwannestraße, bei denen der Jungstahlhelmer E. Koop getötet wurde, keinen politischen Hintergrund gehabt. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Koop von einem seiner Kameraden erschossen worden. Koop befand sich mit den beiden Stahlhelmlern Löffel und Lüdike im Hausflur des Stahlhelmsheims, wo er mit einem Revolver hantierte. Plötzlich ging ein Schuß los, durch den Koop so unglücklich getroffen wurde, daß der Schuß kurz darauf eintrat. Der Schütze Lüdike zog sich durch den Schuß selbst eine Handverletzung zu.

## Justitia mit der Binde

Die Berliner Anwälte Professor Dr. Max Alsbere und sein Kompanion Dr. Gollnick wollen gegen das Ehepaar Berder die Verleumdungsklage erheben lassen. Alsbere und Gollnick vertreten ebenso wie die im Zusammenhang mit dem großen Stinnesprozeß beschuldigten Richter, sich auch nur geringfügig verurteilt zu haben. Insbesondere betont Alsbere, daß er sich niemals einer Unkorrektheit oder gar einer Verleumdung durch Beeinflussung des Gerichts schuldig gemacht habe. Aus diesem Grunde werde er heute gegen die Eheleute Glade Strafbuß wegen verleumderlicher Verleumdung und wegen Erpressung erheben. Sein Kompanion Dr. Gollnick bestreitet zwar nicht, daß dem damaligen Vorsitzenden des Gerichts, dem Landgerichtspräsidenten Arnz, auch während des Stinnesprozesses gesellschaftliche Verkehr zu haben, aber auch er erklärt, sich „keiner unehrlichen Handlungsweise bewußt“ zu sein.

## Einsturzungslied auf dem Wiesbadener Hauptbahnhof

Ein folgenschweres Einsturzungslied ereignete sich am Sonntag vormittag um 8 Uhr im Hauptbahnhof. Infolge Bruchs eines Drahtseiles stürzte ein in etwa 12 Meter Höhe aufgehängtes Gittergerüst, das zur Ausbesserung von Anstreicherarbeiten diente, in die Tiefe und rief fünf darauf beschäftigte Arbeiter mit sich nach unten. Einer der Verunglückten starb sofort tot, die übrigen vier mußten mit schweren Verletzungen ins Wiesbadener Krankenhaus geschafft werden. Einer von ihnen ist inzwischen gestorben.

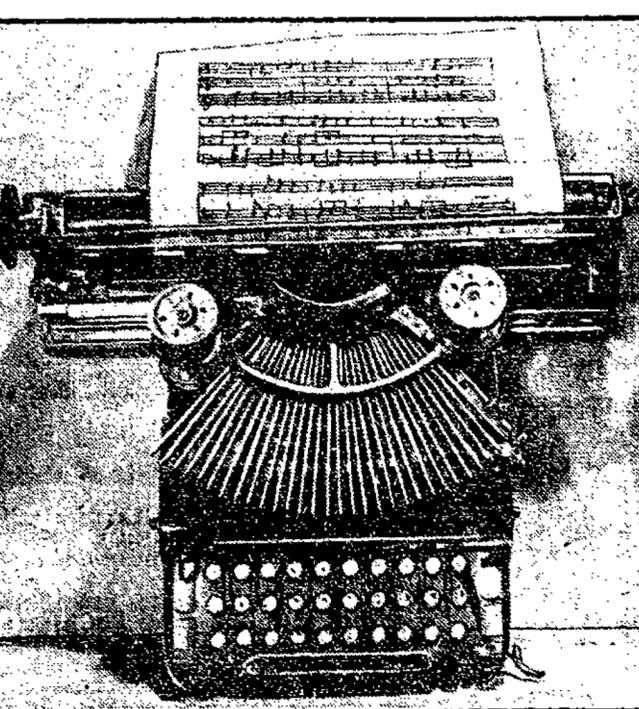
## Sturmchäden in Pommern

Die heftigen Stürme, die am Sonnabend und am Sonntag über Pommern hinwegzogen, richteten in verschiedenen Teilen der Provinz beträchtlichen Schaden an. Aus allen Gegenden Pommerns laufen Meldungen über Unterbrechung des Fernverkehrs und der Stromversorgung ein. Auf der Straße Cammin-Bribberow wurden nicht weniger als 70 umgeschlagene Bäume gezählt. An der Ostküste und auf Kügen erreichte der Sturm eine Stärke von 10 und 11. Seebrücken und Bodekanthallen wurden beschädigt. Der Bäderdampfer „Frigga“ brauchte am Sonnabend zur Rückfahrt von Sahnitz nach Swinemünde 15 1/2 Stunden (normal etwa 11 Stunden). Zwischen Swinemünde und Misdrum war der Sturm einen Hamburger Schoner auf Land. Die Besatzung konnte sich retten. Ein mit zwei Mann besetzter Kutter wurde bei Groß-Poberow im Kreise Cammin an Land geworfen. Auch hier konnte die Besatzung in Sicherheit gebracht werden. Im Stettiner Haff sind bei dem hohen Wellengang mehrere Fischerboote gesunken. In dem Dorfe Beruhagen bei Raugard wurde durch die Gewalt des Sturmes eine Mauer umgeworfen. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, von denen einer nur als Leiche geborgen werden konnte.

## Kriegsschiffsexplosion

Nach einer Meldung aus Tokio ist am Sonnabend früh im Hafen von Yokohama auf dem japanischen Kreuzer „Natori“ ein Gasbehälter explodiert. Sechs Personen wurden durch den Luftdruck über Bord geschleudert und ertranken. 30 Mann der Besatzung wurden verletzt. Aus Furcht vor weiteren Explosionen hat der Kreuzer sofort den Hafen verlassen. Zwei andere Kreuzer bemühen sich, das infolge der Explosion auf dem „Natori“ ausgebrochene Feuer zu löschen, das in kurzer Zeit große Ausdehnung annahm.

## Die erste Notenschreibmaschine



eine Erfindung des Frankfurter Ingenieurs Rudolpher, wird auf der jetzt eröffneten Internationalen Büro-Ausstellung in Berlin gezeigt. Das Arbeiten mit dieser Maschine soll außerordentlich einfach sein und eine bedeutende Vereinfachung gegenüber dem bisherigen Verwicklungs-system bedeuten.

## Vom Bundesvorstand

Der Geschäftsbericht, der in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes erstattet wurde, ergibt, daß im Arbeiter-Turn- und Sportbundesjahr 1931/32 die Tätigkeit durch starke Einsparungen, trotz der schlimmen Krisenzeit, bisher noch ein den Umständen nach sehr befriedigender Abschluß zu verzeichnen ist. Der Leistungssport hat wenig gekostet. Die Frage der Herausgabe einer Bundes-Fußballzeitung zum neuen Jahre soll ernstlich geprüft werden. Organisatorisch betrachtet, hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund in diesem Jahre um 200 Vereine zugenommen. In den beiden überzähligen Kreisen, die dem Bunde angegliedert sind, sind starke Bestrebungen für enge Zusammenschließung im Gange. Die „Rechtsfragen“ im Bunde geben den linken „Freunden“ oft Gelegenheit, ihre Marschmarchen stark zu betonen. So behauptet eines ihrer Flugblätter, dem Bund würden die Prozesse gegen die Opposition 2 Millionen Mark kosten. Die die Bundesmitglieder bezahlen müßten. Der Zweck der Verbreitung dieser Lüge ist offensichtlich, die Mitglieder des Bundes sollen rebellisch gemacht werden. Der Bund hat gezwungenermaßen 137 Prozesse zur Erhaltung der Sportstätten seiner Vereine, wegen Nichtzahlung seines Namens usw., führen müssen. Sechs Stadien dieser Prozesse sind zu seinen Gunsten entschieden, die anderen laufen zum größten Teil noch.

Der Leiter der Arbeiter-Turn- und Sportschule, Benedix, berichtete dem Bundesvorstand ferner über die Verhandlungen des Technischen Zentralkomitees und legte die

Liste der für das Jahr 1932 vorgelegenen Lehrgänge vor, die genehmigt wurde. Den Abschluß der Bundesvorstandssitzung schloß ein Nebenblick über das 2. Arbeiter-Olympia in Wien aus, der noch einmal das Fest in seiner vollen Größe erscheinen ließ.

## Der technische Vorschlag

des Arbeiter-Turn- und Sportbundes für 1932 wurde in einer Tagung des technischen Zentralkomitees am 28. und 29. August festgelegt. In erster Stelle standen die 1932 auszuschreibenden Lehrgänge der Arbeiter-Turn- und Sportschule. Angesichts der schweren wirtschaftlichen Notlage konnte keine Erhöhung der Lehrtätigkeit vorgenommen werden. Man legte daher die Zahl der im Jahre 1931 durchgeführten Lehrgänge auch wieder für 1932 fest. Die Ausschreibung erfolgt in der Bundeszeitschrift.

Als besondere Bundesveranstaltung wurde beschlossen, am 8. Mai 1932 einen allgemeinen Werksauftrag aller Bundesparteien und am 4. September 1932 ein Bundes-Arbeiterfest durchzuführen. Die Turnpartei wird am 17. April wieder eine allgemeine Vorturnerprüfung veranstalten. Die 1931 erstmalig als Bundesaufgabe durchgeführte Vorturnerprüfung brachte als Ergebnis 3844 neue Vorturner. Einen sehr breiten Raum nahm die Durchberatung eines Arbeitsvorschlages für Kreis- und Bezirkstechnikertagungen für 1932 ein. Neben einführbaren Vorträgen wurde in überragender Weise durch praktische Beispiele Klärung geschaffen über vorbereitende und angewandte Übungen aller Sportarten. Das Ergebnis wird in einem Merkblatt niedergelegt.

Freie Schwimmer Breslau e. B. Funderleiter  
Riegenführer. Dienstag, den 8. September. Sitzung.  
säbliches Erscheinen notwendig.

## Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Vorstand. 9. September, 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Jahnstraße 42. Abteilung Dänauer Tor. 8. September: Teilungsabend bei Cichos, Klosterstraße 125. Abteilung Grün 11. September: Teilungsabend bei Klante, Hochturm. Abteilung Nikolaitor. 8. September: Teilungsabend bei Mallo, Weitenstraße 37. 9. September: Teilungsabend bei 18. Uhr Kriegauer Platz. Abteilung Oberdorf. 7. September: Teilungsabend bei Biercoref, Karlsstraße 6. 10. September: Teilungsabend bei 18. Uhr Technikerkloß. Abteilung Sche 8. September: Teilungsabend bei Wolff, Sedowstraße 10. 10. September: Teilungsabend bei 18. Uhr an der Fürtten Abteilung Dürroon. 7. September: Teilungsabend bei mann, Schönstraße 21. Abteilung Deutsch-Lissa. 8. September: Teilungsabend bei Wannaf. Abteilung Friedewalde. 12. September: Teilungsabend bei Köchel, Bundesfeld 6. Jugend-Abteilung. Heim Welt. 7. September. 20-22 Teilungsabend im Städtischen Jugendheim, Friedrich-Wil Straße 45. - Heim Nord: 8. September, 20-22 Uhr. Heim in der Pestalozzischule, Michaelisstraße 78/80. 11. September 17-21 Uhr. Außenstelle im Stadion, Spielfeld 5.

## Touristenverein „Die Naturfreunde“

Naturfreunde treffen in Freudenburg. Wer noch mitwill, kann sich noch anmelden bei Gindner, Köstnerstraße 1. können mitgebracht werden (2,10 Mk.). - Vorstandssitzung Mittwoch, 20 Uhr. Treffpunkt Wörschauer Bahnhof.

## Flugsport

Sturmvogel, Flugverband der Werktätigen Ostpreußen. 10. September: Monatsversammlung im Reichsstadion. Neue Gasse. Die Bauarbeiten: Jeden Freitag und Samstag, 20 Uhr, in der Werkstatt Flurstraße 4. Übungen sonntäglich im Gelände der Stadt Strehlen. Ausbildung im Flugzeugbau und Fliegen erfolgt kostenlos. Besonders jugendliche, stets willkommen.

## Arbeiter-Kulturvereine

Freie Menschen. Dienstag, 20 Uhr, Vorstandssitzung Gewerkschaftshalle. - Jugendgruppe. Montag, 20. Gewerkschaftshalle, Gartenstraße.

## Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau

Dienstag, 20 Uhr, Kolonnenzusammenkunft in der des Zwingers Gymnasiums. Interessanter ärztlicher Vortrag.

**Kauft Schuhe von Nathan** Graupenstr. Enorm billig Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gegen Aus 50% Sonder-Rab

# Sport des Sonntags

## Die Fußballer lieben Ueberraschungen

Stern gegen Trebnitz unentschieden / West schlägt Bratslawia überlegen / Auch Sturm verliert / Vorwärts schlägt Pfeil Kaffelwitz fertig Einheit 2:1 ab

Das schlechte Wetter des gestrigen Sonntags stellte an die Spieler sehr hohe Anforderungen. Naturgemäß blieben Ueberraschungen nicht aus. Im einzelnen wird gemeldet:

**Stern - Rapid 2:3.** Bis zur Pause ist jede Mannschaft einmal erfolgreich. Nach Wechsel geht Rapid in ganz kurzer Zeit durch zwei weitere Tore in Führung. Sturm kann trotz Ueberraschung bis zum Schluß nur ein Tor aufholen und muß die wichtigen Punkte an Rapid abgeben.

**Wader - Groß-Mädlich 6:0.** In ganz überlegener Manier konnte Wader dieses Spiel gewinnen.

**1921 - Schmolz 4:3.** Schwächer, als man gedacht, konnte 1921 die Punkte erringen. Zur Pause stand das Spiel unentschieden. Erst dann konnte 1921 einen knappen Sieg und damit die Gruppenmeisterschaft erringen.

**Hundsfeld - Lanisch 9:2.** Lanisch war diesem Gegner nicht gewachsen, so daß Hundsfeld nach Belieben gewann.

**Kaffelwitz - Einheit 2:1.** Ein völlig gleichwertiges Spiel, bei welchem Kaffelwitz durch größere Durchschlagskraft einen knappen Sieg erringen konnte.

**Einigkeit - 1924 4:0.** Nachdem Einigkeit schon 3 Minuten nach Beginn in Führung gegangen war, konnten sie dieselbe bis zum Wechsel auf 4:0 aus. In der zweiten Hälfte ein offenes Spiel, wobei aber keine Mannschaft zu weiteren Erfolgen kommt.

**Vorwärts - Pfeil 3:1.** Mit diesem Sieg hat Vorwärts seinen Tabellenstand um ein Bedeutendes verbessert. Schon zur Pause lag Vorwärts 2:1 in Führung.

**Südost - Wader 2:1.** Knapper als erwartet, konnte Südost dieses Spiel für sich entscheiden. Einer 2:0-Führung zum Wechsel konnte Wader in der zweiten Hälfte nur ein Tor entgegennehmen.

**West - Bratslawia 5:1.** West sorgte für eine weitere Ueberraschung. In der ersten Hälfte zeigten beide Mannschaften ein ausgeglichenes Spiel, so daß mit 1:1 die Seiten gewechselt werden. In der zweiten Hälfte kann West durch gute Durchbrüche obiges Resultat herbeiführen.

**Trebnitz - Stern 1:1.** Obwohl Stern an Trebnitz einen wichtigen Punkt abgeben mußte, ist ihre Gruppenmeisterschaft nicht gefährdet. Trebnitz konnte durch großen Eifer einen Punkt retten.

**F.S.B. - Freie Sportfreunde 2:1.** Beide Mannschaften zeigten bis zum Wechsel ein spannendes Spiel, mit 1:1 wurden die Seiten gewechselt. Nach der Pause wird das Spiel härter, wobei F.S.B. zum zweiten Treffer kommen. Einen Elfmeter kann Sportfreunde kurz vor Schluß nicht verwerten.

**Brau-Weiß - Oswitz 3:2.** Oswitz leistete den Brau-Weiß den härtesten Widerstand, mußte aber bereits bei der Pause eine 2:1-Führung anerkennen. Nach Wiederbeginn gelangt Oswitz der Ausgleich, kann aber das Siegestor der Brau-Weiß nicht verhindern.

**Falke - B.F.K. 4:2.** Falke hatte in der ersten Hälfte bedeutend mehr vom Spiel und errang eine 4:0-Führung. Nach Wechsel ist B.F.K. bedeutend besser, kann aber den Vorprung des Gegners nicht mehr einholen.

**S.F.S. - Silesia-Kidlers 7:3.** Daß ich Silesia so hoch abfertigen lassen würde, wurde nicht erwartet. Bereits zur Pause stand der Sieg der Ostschiner mit 4:1 fest.

## Serienbeginn der Handballer!

Die ersten Ueberraschungen, 5. Abt. schlägt Fichte-Machern knapp - Zweitellige Siege der Freien Schwimmer gegen 1. Abt. und 7. Abt. - 1925 - Knapper Sieg der 6. Abt. gegen Südost

**7. Abteilung - 1925 10:2 (4:1).** Einen Sieg in dieser Höhe hatte man der 7. Abteilung nicht zuerkannt. Schon zu Halbzeit stand das Spiel für die 7. Abteilung sicher. Nach der Pause machte sich das Spiel mit dem Wind noch besser bemerkbar und die 7. Abteilung gewann nach Belieben. 1925 hatte nur 10 Mann zur Stelle. Die zweiten Mannschaften trennten sich 3:1 für 1925.

**2. Abteilung 1 - Stabelwitz 5:3 (2:1).** Eins an spannenden Momenten reiches Spiel wurde gezeigt. Schon in der 6. Minute gelangt es Stabelwitz in Führung zu gehen. Doch wenige Minuten später ist der Ausgleich der 2. Abteilung über. Kurz vor Halbzeit ist es abermals die 2. Abteilung, welche ein zweites Tor erzielt. Nach der Pause gelangt Stabelwitz der Ausgleich. Im Endspurt kann die 2. Abteilung durch 2 weitere Tore den Sieg herbeiführen.

**Ohlau 1 - 1897 1 2:1 (2:0).** Ueberraschend sicherten sich die Ohlauer im ersten Serienpiel zwei wichtige Punkte, trotzdem sie fast das ganze Spiel nur mit 8 Mann durchspielten mußten konnten sie gegen die Achter einen knappen aber verdienten Sieg erringen. Die zweiten Mannschaften trennten 2:1 für 1897.

**Freie Schwimmer 1 - 1. Abteilung 1 11:5 (5:2).** Zum fünften Serienpiel trafen sich obige Mannschaften im Stadion. Der Ansturm der Schwimmer wird abgefangen und führt zum Führungstor der 1. Abteilung. Langsam macht sich eine Ueberraschung der Schwimmer bemerkbar und es gelingt ihnen, bis zur Pause mit 5:2 in Führung zu gehen. Nach dem Wechsel sind die Schwimmer weiter tonangebend und obiges Resultat in die Tasche zu stecken.

**Südost - 6. Abteilung 1 4:7 (0:2).** Nicht so überlegen wie es sich der Bezirksmeister vorgestellt hatte, konnte er Südost besiegen. Nach einer knappen 2:0-Führung zu Halbzeit, gelang es ihm bis zum Schluß obiges Resultat herbeiführen.

**5. Abteilung - Fichte-Machern 4:2 (3:1).** Mit dem knappsten aller Resultate gelang es der 5. Abteilung, Fichte-Machern niederzuringen. Eine glatte 3:1-Führung zu Halbzeit vermochte Machern bis zum Schluß auf 1 Tor Unterschied aufzuholen.

**Bratslawia 1 - 2. Abteilung II 4:1 (3:0).** Den Rückenwind gut ausnützend, bringt Bratslawia eine 3:0-Führung zu Halbzeit. Nach der Pause ausgeglichenes Spiel, wobei jeder Mannschaft noch 1 Tor gelingt.

**3. Abteilung 1. Sportlerinnen - Hertha-Brieg 6:0 (3:0).** Mit diesem Resultat beweist der Frauen-Kreismeister, auch in diesem Jahr wieder die alte Stärke zu besitzen. Während bis zu Halbzeit schon mit 3:0 der Sieg feststand, gelang es der 3. Abteilung dank besserer Stürmerleistungen die Torzahl auf 6 zu erhöhen.

**Weitere Resultate melden: 8. Abteilung II - Deutsch-Lissa II 2:9. Deutsch-Lissa I - 6. Abteilung II 4:1. Strehlen I - Stabelwitz II 4:2. Stabelwitz Jgd. - 2. Abteilung Jgd. 1:0. 4. Abteilung Sportlerinnen - F.S.B. kampflös für 4. Abteilung.**

## Alterstreffen des 1. Bezirks - 14. Kreis in Strehlen

Das Alterstreffen des 1. Bezirks fand im Zeichen schlechten Wetters. Lokalleben hatten sich über 200 Genossinnen und Genossen in Strehlen eingefunden. Am Vormittag wurde die Turnweiterei und der Steinbruch beschäftigt. Bereits um 2 Uhr eröffneten die Frauen und Männer durch gemeinsame Freübungen das sportliche Programm. Das anschließende stattgefundene Handballspiel der Freien Schwimmer Breslau gegen die 5. Abteilung F.S.B. wurde beim Stande von 2:0 wegen dem heftig einbrechenden Regen abgebrochen. Die Bezirksaltersmannschaft des Fußballbezirks spielte gegen eine Turnermannschaft und konnte einen knappen 2:1-Sieg erkämpfen. Zur Pause stand das Spiel 1:1. Der schwere und glatte Boden beim Fußballspiel brachte es mit sich, daß die Alterssportler sehr häufig mit der Mutter Erde Bekanntschaft machten und dadurch für die Selbsterhaltung der immerhin zahlreich erschienenen Zuschauer sorgten.

## Jiu-Jitsu

Am 23. August fand in Ober-Langensielau ein bundesweiter Meisterschaft im Judo, Ringen und Jiu-Jitsu statt. Die Jiu-Jitsu-Abteilung der Sportvereineigung Nord-Ost Breslau beteiligte sich erstmalig an einem Meisterschaft. Die Kampfe, welche unter der Leitung des Kreisleiters für Jiu-Jitsu stattfanden, nahmen einen guten Verlauf und zeigten, daß die junge Schar des Arbeiterports auch in Schlesien Fortschritte macht.

## Resultate

**Fliegengewicht: 1. Soua, 2. Gumbert, 3. Vohl: sämtlich Jiu-Jitsu, Abteilung Nord-Ost Breslau.**  
**Bariumgewicht: 1. Ehrlich, 2. D. Breslau.**  
**Rebergewicht: 1. Lindner, 2. Köster: beide N.-O. Breslau.**  
**Mittelgewicht: 1. Domke, 2. D. Breslau, 2. Krause, Ober-Langensielau.**  
**Halbschwergewicht: 1. Schneider, Dittersbach, 2. Gunder, N.-O. Breslau.**

## Notizen

**14. Kreis, Kreisrat, tech. Aussch., Kreisturnspartenleitung, Wasser- und Fußball-Sparte.** Die Sitzung findet am Sonnabend, den 12. September, 20 Uhr, im Kartellbüro statt. Der Kreisrat hat bereits um 15 Uhr im Kartellbüro zu erscheinen.

## Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. B.

Wie wir loben in Erfahrung bringen, wird der Unterwiesbetrag für die Olympia in Wien nur auf bescheidenen Antrag bei der Reichsleitung der Naturfreunde zurückerstattet. Alle Vereine und Genossen, die Jahrgelder nach Nürnberg selbst überweisen haben, müssen daher sofort einen entsprechenden Antrag stellen. Der Antrag ist zu richten: An die Reichsleiterleitung der Naturfreunde in Nürnberg W., Sanderbühlstraße 5.

## Arbeiter-Sportkartell, Jugendleiter.

Die Sitzung der Proletag findet schon um 19 Uhr statt.

## Fußball

**A.S.C. Wader.** Die Sitzungen finden von jetzt ab wieder Freitag statt.

**Turn- und Sportverein Stabelwitz.** Allen Vereinen und Abteilungen zur Kenntnis, daß Stabelwitz jetzt in Stabelwitz einen eigenen Platz besitzt, und der alte in Herrprotsch aufgegeben worden ist.

**Freie Sportvereineigung 1897.** Heute, 20 Uhr, Handballerführung bei Klante. Sämtliche Zuschriften an die Vereinigung nur an H. Jügel, Gräbshener Straße 68.

## Freie Turnerschaft Breslau e. B.

**2. Männer-Abteilung.** Freitag, den 10. September, findet bei Görlisch, Köstnerstraße, um 20.30 Uhr, die Vorstandssitzung statt. Nach dem Turnen für sämtliche Handballer Sitzung.

## Wassersport

**Freie Kanu-Vereinigung Breslau.** Dienstag, 19 Uhr, sind alle Wettkämpfer, Starter, Richter und Teilnehmer für das Langstreckenpaddeln zu einer Besprechung im Sportschau.

Schach.  
Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.  
Zuschriften und Lösungen an: R. Ritter, Breslau 17, Böpelwiese Breslau, im August 1931.  
Aufgabe Nr. 261. G. Heidrich, Moritzburg (1. Preis).  
II. Internationales Problemturnier des österreichischen Arbeiter-Schachbundes

Matte in drei Zügen.  
Weiß: Ka6, Tf4, Lg2, h6, Sa8, c7, Ba7, d3, d5, e2, f7 (10).  
Schwarz: Ke5, Td8, f8, La2, d4, Sh1, h8, Bb3, b6, d6, g3 (11).  
Lösungen:  
Aufgabe: Nr. 257. Mehenauer. 1. La1-c3! Es droht Sg7+ 3. Lb1... Txg4, 2. Lc3-b4! Txh4, 3. Dh5# 1... Td2xc2, e5-g6, Tc2-h2, 3. Dxa4# 1... Se3xc2, 2. Se5-d7! bel. t6#. Blockade mit nachfolgenden Durchzügen der freigelegten E. Ein schönes Stück. Einige Löser glaubten der Aufgabe mit 1. Sd7? Se3xg4, 2. Dxg4? Lb2+ aus!  
Wichtige Lösungen landten ein: E. Michel, Weigwitz, R. Wöhl, R. Sel Th. Komaczek, D. Baumgarten, Breslau.  
Briefkasten: W. K. Br. Bitte in Abteilung Nikolaitor zu erscheinen.  
Partienteil.  
Kartell-Kann.  
Gespielt am 7. 8. 31 in der Abt. Nikolaitor des Arbeiter-Schachverein Breslau.  
Weiß: J. Luz. Schwarz: M. Schleginger  
1. e2-e4 c7-c6 17. Ld3xg6? e5xd4  
2. d2-d4 d7-d5 18. Lg6xh7+ Kg8xh7  
3. Sb1-c3 e7-e6! 19. Dg2xd4 Lc8-e6  
4. Lf1-d3 Sg8-f6 20. Kd1-h1 f7-f5  
5. e4-e5? S16-d7 21. Dd4-d1 Tf8-t6  
6. Sg1-f3? c6-c5 22. Dd1-e2 Dc7-h7  
7. Lc1-e3 a7-a6 23. Le3-d4 Tf6-h6  
8. b2-b3 Sb8-c6 24. g2-g3 f5-e4  
9. Sc3-e2 c5xd4 25. Ld4-e5? d5-d4!  
10. Sc2xd4? c6xg5 26. De2-d2? Ld6-c5!  
11. S13xe5 Sd7xe5 27. h2-h4? Le6-d5x  
12. O-O L18-d6 28. Kh1-h2 Df7-e7!  
13. Ld3-e2? Dd8-c7 29. Dd2-e1 Ld5-c4  
14. f2-f4? Se5-g7 30. c2-c3? d4-d3  
15. Dd1-d2 O-O 31. Ta1-d1 Te8-d8  
16. Le2-d3 e6-e5! 32. b3-b4 d3-d2!  
Weiß gibt auf.

Anmerkungen: 1) Üblicher ist: dxe4, Sxe4, Lf5, Sg3, Lg6. Mit Zugzuge bleibt der Damenläufer eingesperrt und Schwarz behält ein gutes Spiel. 2) Verfügt! Weiß sollte sich mit Lg5 entziehen. 3) Mit dem 11. Zuge von Schwarz mußte Weiß rechnen, deshalb war Sc3-e2 das richtige nach e6-c5 mit c2-c3 und eventuell später t2-t4 zu antworten! 4) Das kostet einen Bauer, Lxd4 mußte geschehen. 5) Weiß will sich in das Bauerpaar erhalten, verliert dabei aber Tempo. 6) Ein wichtiger Zug! 7) Jetzt geht eine Figur verloren! 14xe5 mußte notwendig werden. Allerdings behält Schwarz, das bessere Spiel. 8) Treibt die schwarzen Bauern bloßieren. Jetzt geht Weiß idneel zu Grunde. 9) Natürlich nicht! Wegen Ld5+ und Damenverlust! 10) Erzwungen! Es drohte 27... Lc6. 28. Kg1, d4-d3+, Qualitätszentrum. Die Königsstellung wird aber unbedarft und Weiß konnte hier schon aufgeben. 11) Trost vermindert h4+. 12) Turnverlust oder Matt ist nicht mehr zu verhindern.  
Anmerkungen von R. Ritter